

# Arbeiter-Zeitung

395  
Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in Klaffen erhältlich

**Rote Stobbrigaden vor!**  
Dieser Appell gilt für alle Genossen und Genossinnen. Jeder ist zur Stelle, wenn es am 23. Oktober mitreden heißt zum **Sammel- und Werbesonntag!**

**Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands**  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Neues Feuilleton . Das DNB der Woche

8. Jahrgang **Dresden, Mittwoch den 19. Oktober 1932** Nummer 239

**Wir führen die Massen mutig**

## Vorwärts in den täglichen Kämpfen!

**Die Kommunisten rufen von der Tribüne des sächsischen Landtages zur Verstärkung der Antifaschistischen Aktion gegen Papenprogramm und faschistische Reaktion. Sozialfaschistische Knebelungsversuche bei der Zwischentagung des Landtages**

Dresden, den 18. Oktober

Die gekürzte Zwischentagung des Sächsischen Landtages fand im Zeichen der kommunistischen Offensive gegen alle sozialdemokratischen Wahlmänner, die die Wedel und Co. mit dieser Sitzung einleiten wollten. Die kommunistische Fraktion hat sowohl bei der Behandlung unseres Antrages für Hilfsmaßnahmen an die Hilfsbedürftigen, als auch bei der Debatte über unseren Antrag zur Rückgängigmachung und Nichtdurchführung der Papen'schen Notverordnungen, einen massiven Angriff gegen die sächsischen Repräsentanten des National- und Sozialfaschismus geführt. Der sozialdemokratische Präsident Wedel hat gelegentlich von Geschäftsordnungsdebatten wiederholt den Versuch gemacht, einmal die Redezeit wesentlich zu beschränken, zum anderen seine Partei von der klaren Stellungnahme zu den kommunistischen Forderungen zu bewahren. Es hat ihm nichts genutzt. Auf erdrückendes Material geküßt, daß das prinzipielle Einverständnis sowohl der sozialdemokratischen Führer als auch der Nazis mit den Maßnahmen der Papenregierung unter schicklichen Beweis stellt, haben unsere Redner die offensive Führung während der ganzen Verhandlungsbauer nicht aus der Hand gegeben. Die sozialdemokratischen Führer waren außerhand, die Argumente der Kommunisten zu widerlegen und beschränkten sich deshalb lediglich auf beweislose, leere Schimpereien. Die Nazis zogen es überhaupt vor, über die wesentlichen Punkte der Tagesordnung zu schweigen.

So hat auch diese Zwischentagung des Sächsischen Landtages, die heute ihre Fortsetzung findet, bewiesen, daß die Kommunisten als die Führer und Organisatoren der Antifaschistischen Aktion gegen die faschistische Bourgeoisie außerhalb der Parlamente alle Kraft anbieten werden, um die demagogischen Manöver der SPD und das strapaziöse Betrugsstück der Nazis zu entlarven.

### Sitzungsbericht

Der Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wird ein Schreiben des Reichsregimenten Führer, Hagen, bekanntgegeben, in dem er mitteilt, daß er aus der KPD-Fraktion ausgetreten und aus der KPDW ausgeschieden ist.

### Sozialfaschistische Knebelungsversuche

Es kommt dann zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, als der sozialdemokratische Landtagspräsident Wedel den Versuch macht, die Redezeit für die Diskussion in unerwünschter Weise zu beschränken. Durch den offensiven Vorstoß der kommunistischen Fraktion wird dieser sozialfaschistische Versuch zur Knebelung der Kommunisten im Parlament abgewehrt und der sozialdemokratische Präsident zum Rückzug gezwungen.

Studentenkomitee beantragt dann den Antrag der Kommunisten auf Auflösung des Landtages mit einer mehr als stolzen Rede, die in parlamentarischen Ausdrücken platziert. Er spielt ein wenig Opposition gegen die Papenregierung, der er Verfallbruch vorwirft.

In der Debatte gefallt sich zunächst der Sozialdemokrat Wedel in einer oberflächlichen Spiegelrede gegen die Nazis, um damit den abnehmenden Standpunkt seiner Fraktion zu bekräftigen, wobei er Studentenkomitee auffordert, mit der SPD gegen den Faschismus zu kämpfen, wofür sie viele Möglichkeiten in seiner Verwendung hätten. Mit diesem Angebot hat sich der „linke“ Fächer den sozialfaschistischen Charakter der SPD-Führung noch einmal nachdrücklich unterstrichen, die bekanntlich mehr als einmal solche Angebote an die Nazis gemacht hat.

Nachdem er seine Rede beendet hat, rügt sein Parteigenosse Wedel in öffentlicher Sitzung den Gebrauch des Ausdrucks „Arbeiter“ der im Parlament „nicht gebräuchlich“ sei und mit dem Wedel unter Berufung auf den Philosophen Häge seine Rede geschlossen hatte.

### Im außerparlamentarischen Kampf gegen Verfassungsdiener

Zur die kommunistische Fraktion spricht Genosse Kerner zu dem Auflösungsantrag der Nazis. Ausgehend von der Diskussionsrede Hagens, erklärte er:

„Daß wir Kommunisten den Kampf gegen Papen, gegen den faschistischen Kapitalismus nicht nach der Philosophie Hagens führen, sondern nach den Lehren Karl Marx', des kommunistischen Manifestes, nach den Grundrissen des revolutionären Kampfes für den Sozialismus.“  
Studentenkomitee hat hier eine staatsmännliche Rede gehalten die den Antrag der Nazis charakterisiert. Er ist ein Ausdruck der abgrundtiefen Verlogenheit dieser Partei, die in ihrer verächtlichen Stellung in den Länderparlamenten, in der Häre

Nach und ihre doppelzüngigen Stellungnahme zur Papenregierung zum Ausdruck kommt. Wir erinnern nur noch einmal nachdrücklich an die Rolle der Nazis bei der Bildung dieses Kabinetts und an ihre eigenen Feststellungen, daß Papen über den „breiten Rücken der KPDW“ an die Macht gekommen ist. (Fortsetzung siehe Seite 2)

## Streit bei Roscher, Neugersdorf, siegreich

Solidarität führt zum Siege!

Neugersdorf, 19. Oktober 1932.

Der Streit der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma E. H. Roscher wurde gestern mit vollem Erfolg beendet. Die Firma hat den angeforderten Lohnrückgang zurückgenommen. Gestern früh wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen unter der Bedingung, daß auch gegen die Belegschaft des Schweißbetriebes der Firma Roscher in Georgs walde in der Tischschlosserei, die bekanntlich in den Solidaritätsstreik getreten war, keinerlei Maßnahmen durchgeführt werden dürfen.

Der Streik der Arbeiter in der Webstuhlfabrik Roscher ist insbesondere auf die offene Solidarität der Belegschaft des Schweißbetriebes zurückzuführen. Das ist ein Beweis dafür, wie hart die Arbeiterklasse ist, wenn sie geschlossen zusammenschließt. Die Streikenden der Firma Roscher in Neugersdorf hatten es abgesehen, mit den streikenden Textilarbeitern der Firma H. Hoffmann ein Kampfbündnis zu schließen. Heute werden sie erkennen,

## Massen heraus

gegen 800 Prozent Bürgerknecht in Dresden, gegen Lohnarbeit, Faschismus und Papen-Schicksal-Reaktion, für Arbeitermacht und Sozialismus!

Die Versammlungen beginnen alle 18.30 Uhr im Neckerheim, Friedrichstr.; Drei-Kaiser-Platz, Löbtau; Reichsadler, Bischofsweg; Bonifatius Neue Welt, Antalkewitz. Es sprechen die Genossen Frit, Berlin; Schrapel, Dresden; Siegel, Dresden; Seyling, Dresden, und Dresden-Stadtvorstand der KPD - Volkswirtschaftler; Vorkämpfer 40 Picants, Erwerbslose 20 Picants

Gestaltet diese Versammlungen zu einem gewaltigen Massenstreik! **3** für Lisc

## Olbersdorfer Babierarbeiter im Streit

Die gesamte Belegschaft der Papierfabrik Schwarz wählte, Inhaber Dr. Gög, ist, wie wir nach Redaktionsnachricht erfahren, in den Streit getreten, weil eine Lohnkürzung von 40 bis 50 Prozent vorgenommen werden sollte.

## DNB-Bonzen unterstützen Lohnabbau

Streikmedrteil der Belegschaft von Seidel & Raumann . Die Bonzen droffen die Kampfbereitschaft ab

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Direktion von Seidel und Raumann hatte am 5. Oktober einen Anschlag herausgebracht, der laut Notverordnung einen Zwangslohn von 60 bis 80 Prozent für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde vorsah. Daraufhin fand eine Arbeitertagung statt, in

der beschlossen wurde, eine Betriebsversammlung, in welcher die Belegschaft sich damit befaßt sollte, einzuberufen.

Nach Verhörungen fand erst gestern, am 18. Oktober, eine Versammlung der Gesamtbelegschaft im „Trianon“ statt. Das Dinausarbeiten der Versammlung wurde damit begründet, daß der Lohnabbau ja erst ab 1. November in Kraft kommen sollte. Inzwischen war der Lohnabbau aber ab 18. Oktober vorgelassen und deshalb fand am 18. Oktober endlich die Versammlung statt. Der Termin des Beginns des Lohnabbaus ist nochmals um acht Tage verschoben worden.

Die Direktion hat nun inzwischen den Lohnabbau für die 31. und 32. Wochenarbeitsstunde herabgesetzt. Das hat dem Direktor Bakenner Veranlassung zu Leuber, dem Betriebsratsvorsitzenden, zu äußern, daß

„er die Zustimmung gegen den Lohnabbau zu vernachlässigen sollte, daß der Direktion „Gerechtigkeit“ widerfahren und daß die Zustimmung nicht auf ein politisches Spiel geschoben werden sollte.“

Leuber bejahte nachmittags in der Versammlung den guten Willen der Direktion von der „Verantwortung der Gewerkschaften“ und begann, daß der Lohnabbau ja mit Arbeit und Arbeitertinnen infolge der Kurzarbeit nicht treffe.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Streikbrecher ausschließen? „Ihr seid wohl verrückt“

sagt der Naziführer und Textilindustrielle Mutschmann

Im Betrieb Radio-Lango, Wahren, hat der streikende Belegschaft eine Anzahl Streikbrecher, durchweg Nazis, in den Rücken gefaßt. Einmal, kampfgewillte proletarische Nazianhänger stellen gegen die Ausschließung aus der KPDW.

Die Antwort des Textilindustriellen und Geschäftsführers Mutschmann war: „Ihr seid wohl verrückt Schwärzer“

Für die Beschäftigten, die sich bis jetzt von den Hitler u. Co. irreführend liegen, darf es auf diese Weise des sächsischen „Schwarzmannes“ nur eine Konsequenz geben:

Kampf in der Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und am 6. November: **Wahl der Liste 3. Kommunistische Partei!**



### Nazis und Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag gestellt

Bei Fortsetzung seiner Rede erklärte Genosse Kemmer zu den Nazis gemeldet:

Als Gegenüber ihren Forderungen selbst mit dem Kampf gegen die Vapenregierung. Wie dieser Kampf aussieht, beweist auch jene Justizkommission, die unter Führung des Reichstagspräsidenten Göring vor dem Staatsgerichtshof aufgeführt werden soll.

Die Nazis sind also mit diesem Kampf dort gefandelt, wo auch Esserling und Braun landeten.

Die Sozialdemokraten erklären, das Parlament in Sachen nicht aufzulösen, sondern in Hessen, die Nazis legen, nein, nicht in Hessen, sondern in Sachsen. Reichen geht es um die parlamentarischen Eliten.

Wird die sozialdemokratische Führung wissen, daß selbst ihre bisherigen Anhänger nicht hinter ihnen stehen werden, die im Parlament schon Nebenrollen spielten, sondern hinter denen, die entscheidend das Erbe der Situation die außerparlamentarischen Kämpfe in Betrieben und Stempelstellen organisieren, weil sie bei Neuwahlen auch in Sachsen Verlierer werden an die kommunistische Partei verlieren würden, weshalb werden sie sich gegen eine Auflösung des Landtages.

Die Vapenregierung und die Führer der Gewerkschaften sind sich über den „Ausweg aus der Krise“ grundlegend einig. Beide verlangen sie von der Arbeiterklasse: „Opfer“.

Wir Kommunisten wollen immer wieder darauf hin, es gibt aus dem unerbittlichen Verfall in der kapitalistischen Barbarei nur einen Ausweg, den Weg des tabulären Umsturzes, die Beseitigung des Systems und die Errichtung des Sozialismus. Die Rolle der sozialdemokratischen Führer für die Erhaltung dieses Systems wird nicht zuletzt in den Führerkreisen des Industriellenverbandes charakterisiert, in denen es heißt, daß diese Führer die Grenzlinie zur Erhaltung der bürgerlichen Ordnung sind.

Wir sind die einzige Partei, die kämpfend vor die Arbeiterklasse tritt. Es geht nicht um die Auflösung des Parlamentes, es geht nicht um die Vapenidee Verfassungsreform, sondern um die Schaffung der proletarischen Verfassung, um den Sozialismus.

Nach einer Erklärung des deutschnationalen Siegers, daß erst die Verfassungsreform abgewartet werden sollte, bevor zur Landtagsauflösung Stellung genommen wird, wird der Antrag mit den Stimmen des Bürgertums und der Sozialdemokraten abgelehnt.

### Wir fordern Unterstützung aller Hilfsbedürftigen

Genosse Herrmann begründet dann unseren Antrag für Winterhilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen, Wohlfahrts- und Burschenschaftler, Invaliden und Kleinstrentner.

In diesem Antrag verlangt die kommunistische Fraktion sofortige Lieferung von Kohle für alle Unterhaltungsbedürftigen und kranken Familien, sofortige Lieferung von Kartoffeln und Winterkleidung, die Übernahme der Licht- und Mietrechnungen durch die Gemeinden. Weiter fordern wir die unentgeltliche Lieferung von Heizmaterial für alle Hilfsbedürftigen, die sofortige Einführung von Schulstipendien und die sofortige Auszahlung der allen Unterhaltungsbedürftigen der Zahlung des Differenzbetrages bis zum vollen Jahreslohn zwischen der Krone- und Erwerbslosenunterstützung.

Der Genosse Herrmann wendet sich zunächst gegen die Tempogänge der sozialdemokratischen Fraktion, die gleichfalls einen Antrag zur Winterhilfe gestellt hat. In Hunderten von sächsischen Gemeinden seien

die sozialdemokratischen Kommunisten die wichtigsten Einzelkämpfer der Vapenverordnungen.

während im Landtag ihre Partei den Eindruck erwecken wollte, als wolle sie auch den Erwerbslosen helfen. Es ist so mit dem Antrag der SPD wie mit dem am 20. angelegten Sozialversicherungsreform dieser Partei im Reichstagsgebäude. Nachdem sie 13 Jahre lang in allen Regierungen entscheidenden Einfluß hatten, aber nicht im entferntesten daran dachten, auch nur von Sozialismus zu reden, schweigen denn durchzuführen, versuchen sie die Massen der Arbeiterklasse mit diesem „Sozialversicherungsprogramm“ zu betrügen.

Die Notlage der Erwerbslosen und aller Hilfsbedürftigen ist nicht nur in einzelnen sächsischen Gemeinden grenzenlos, sondern in allen Städten und Dörfern gleich katastrophal. Sie entspringt aus der ungeheuren Wirtschaftskrise des Kapitalismus, die auch nicht durch die Vapenverordnungen gelindert, im Gegenteil noch um vieles verschärft wird. Deshalb stellen wir diese Forderungen, dabei immer wieder betonend, daß von ihrer erst. Annahme im Landtag die Lage der hunderten tausenden Hilfsbedürftigen keinesfalls gebessert, vielmehr im außerparlamentarischen Klassenkampf erzwungen werden muß.

In der Debatte beifügig hat Genosse Silbermann mit der in diesem Punkt abgegebenen Regierungserklärung, in der der Innenminister zwar die Notlage breiterer Schichten anerkennt, aber auch gleichzeitig betont, daß die Regierung nicht helfen könne.

Nach dem Schlußwort des Genossen Herrmann entspringt sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, weil der sozialdemokratische Präsident über einen nur allgemein gehaltenen Antrag der SPD zuerst abstimmen läßt, nach dessen Annahme über andere Anträge nicht mehr abgestimmt wird. Genosse Kemmer stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß diese entgegen den klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung vor der Abstimmung über die konkreten Forderungen anderer Partei den SPD-Antrag zur Abstimmung stellt, um aus opportunistischen Gründen jeder Partei von der Notwendigkeit zu entbinden, sich gegen diese Forderungen zu wenden.

### Was mit den Vapenverordnungen

Genosse Brettenborn nimmt zu dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Vapenverordnungen der Vapenregierung vom 1. und 3. September 1932 Stellung, wobei er mit allem Nachdruck auch bei dieser Gelegenheit noch einmal daran erinnert, daß diese Regierung von jenem Hindenburg berufen wurde, der mit den Stimmen der Sozialdemokratie wieder auf den Präsidentenstuhl gekommen ist. Man müsse auch diese Vapenverordnungen und ihr gesamtes Wirtschaftsprogramm vom Standpunkt der gemeinsamen Erklärungen aus betrachten, die sowohl von den offen hinter Vapen stehenden Industriellen, als auch von den NSDAP-Führern abgegeben wurden, und die gemeinsam davon sprechen, daß der „Krisenpunkt der Krise“ überwunden sei. Die Zahlen über den auch heute noch anhaltenden Rückgang der Produktion aber beweisen das gerade Gegenteil.

Was die Vapenregierung heute durchführt, das haben die Nazis jahrelang propagiert, aber auch die Gewerkschaftsführer solidarisierten sich in wesentlichen Punkten mit den einzelnen Maßnahmen, und schließlich ist die Praxis der sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsbürokraten drücken in den Betrieben der schließliche Beweis dafür, daß sie auf Seiten der schließlichen Bourgeoisie gegen die kämpfende Arbeiterklasse stehen.

Die 100 erfolglosen Streiks und Abwehrbewegungen die unter Führung der NSDAP stattfanden, haben die Gewerkschaftsführer durchweg als Gegner gesehen.

Dieser Weg der Streiks, des in der Weise der roten Einheitsfront, der den Sieg der Arbeiterklasse in nationalstaatlicher Aktion verbürgt.

### Die unteren Beamten müssen mit der Arbeiterschaft kämpfen

Einen Antrag der kommunistischen Fraktion, Anordnungen zu treffen, daß die Bezahlung der Beamtengehälter für die unteren Beamten am Monatsverdienst zum vollen Gehalt erfolgt, eintrifft

Einwandschlagungen der Geschäftsordnungen unbedingt zu unterstützen hat, begründet Genosse Siegel. Auf die Durchführung des Geschäftsordnungsantrages im Rahmen der bisherigen Verhandlungen hinweist, betont Genosse Siegel, daß die durchgeführten Eintritte der unteren Beamten bis zu 30 Prozent gehindert worden sind. Für was steht die Frage der Unterbrechung der unteren Beamten ebensolche wie die der Gewerkschaften und mit betonen auch hier, daß die Beamten nicht auf parlamentarische Weise beschaffen kann, sondern um die Wahrung ihrer Rechte gemeinsam mit der Industriearbeiterklasse und den Angestellten kämpfen muß.

In der Diskussion zu den Notverordnungsanträgen nimmt Genosse Endermann zur Rolle der Sozialdemokratie und der Nazis Stellung, dabei nochmals, auf eine Fülle von Material gestützt, ihre Rolle bei der Unterstützung der Vapenpolitik nachweisend.

Während die Nazis im Sächsischen Landtag Opposition gegen Vapen mimen, produzieren sie ihre Vapenminister in den verschiedenen deutschen Staaten als die treuesten Schützlinge Vapens, die nicht nur die Notverordnung durchzuführen, sondern darüber hinaus neue rigorose Steuerbelastungen bringen und die Löhne und Gehälter der Arbeiter und unteren Beamten herabdrücken.

Die sozialdemokratischen Führer stellen die Frage des Kampfes gegen die Vapenregierung rein parlamentarisch und dokumentieren damit, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu wesentlichen Punkten des Wirtschaftsprogramms, daß sie erneut die Massen der Arbeiterklasse betrügen wollen, um ihre

## Streiterfolge unter NSD-Führung!

Durch entschlossene Streikaktion sogar Lohnerhöhung erdämpft

Dillstedt, 19. Okt. (Eig. Drahtb.)

Unter Führung der NSD wurden im Hofmannwerk der Dortmunder Union außer der zeitlichen Vorkündigung vom 10. Oktober durch Arbeitsüberlegung 6 Prozent Lohnerhöhung erdämpft.

Im Walzwerk 4 der Dortmunder Union wurde unter Führung der NSD die Zurücknahme der Kränzelentzungen erreicht, außerdem die Gutachten von 25 Tonnen pro Kopf und Tag erdämpft, was eine Lohnerhöhung von 30 Prozent ausmacht.

Im Hirsch-Werk, Dortmund, wurde der Lohnabbau unter Führung der NSD zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weitergezahlt. Die Neueinstellten bleiben im Betrieb.

### Die Streikfront der Bierschiffer steht fest

Witten, 19. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Streikfront der Bierschiffer steht unerschütterlich. In welcher verweirter Lage sich die Unternehmer befinden, zeigt, daß sie jetzt die Nachricht verbreiten, sie hätten mit den Führern des Gewerkschaftsverbandes eine feste Vereinbarung abgeschlossen, daß Lohn- und Manteltarif bis 31. 3. 1933 verlängert werden.

Die Streikenden, die überall unter Führung der gemäßigten Kampfleitungen stehen, haben gestern abend in ihren Versammlungen begeistert beschlossen,

daß die Abmachungen der Unternehmer mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht beachtet werden.

Kein Schiffer läßt sich von der Gewerkschaftsbürokratie betrogen. Während allein sind die selbst gewählten Kampfleitungen und nur deren Maßnahmen werden befolgt. Der Kampf geht verstärkt weiter gegen jede Verdrängung der Lohn- und Manteltarife, um Erhöhung der Entschädigungen der Schiffsjungen und Urlaubstage sowie um Anerkennung des toten Einheitsverbandes als Tarifvertrahenten.

### Neue Massenentlassungen im Sächsentwert

In der vergangenen Woche wurden im Sächsentwert, Niedersächsisch über 100 Arbeiter entlassen. Der Firma ist ein Entlassungsantrag genehmigt worden, der 200 Entlassungen vorsieht. Es ist deshalb mit weiteren Entlassungen zu rechnen. Bisher wurde der Neubau stillgelegt.

Das ist die Praxis der kapitalistischen „Arbeitsbeschaffung“ — in einem Betrieb werden 50 Arbeiter eingestellt und die Arbeitslosigkeit verlagert in einen anderen Betrieb. Hierzu sind gleichzeit 200 Arbeiter ohne Straßenschleifer. Die Belegschaft des Sächsentwertes kann den fortwährenden Entlassungen nur dann Einhalt gebieten, wenn sie einheitlich und geschlossen den Kampf aufnimmt.

### Bongen versuchen die Sächsentwert Streikfront zu wälzen

Sächsentwert, 19. Oktober 1932

Der Streik in der Sächsentwert Steingutfabrik geht unermüdet weiter. Seitdem hat der Fabrikarbeiterverband-Kommunistische Aktion, Reihen, zusammen mit einigen sozialdemokratischen Betriebsräten mit der Betriebsleitung verhandelt. Die Firma hat jedes Zugeständnis abgelehnt.

Heute vormittag, 10 Uhr, wurde an dem Betrieb ein Ausschuß der Betriebsleitung beauftragt, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, sich bis zum Donnerstag mittag in einer bei dem Portier ausliegenden Liste einzutragen um damit ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Alle Arbeiter, die sich nicht eintragen, würden freigeschickt. Die Streikenden lehnen es selbstverständlich entrüstet ab sich in die Streikbrecherlisten einzutragen und sind entschlossen, den Kampf bis zum Siege fortzusetzen.

Der Anschlag der Betriebsleitung ist zweifellos auf die Verhandlung der Bongen mit der Betriebsleitung zurückzuführen.

Der Verhandlungsbau, der diese Verhandlung hinter dem

Kampfbau die die Holmerer Kampfbau und damit der System abgeben. Das kommt auch bei der demokratischen Opposition gegen den Lohnabbau zum Ausdruck, wo die demokratischen Führer vom Schloß Krut und dem Reichstag der Partei und Co. die Arbeitsergebnisse als den einzig gangbaren Weg empfohlen.

Bei den Ereignissen vor dem Staatsgerichtshof zeigen sich durch die Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsminister und ihrer Vertreter die engen Beziehungen zwischen Sozial- und Nationalsozialismus. Diese sozialdemokratischen Führer jammern nicht nur über die Unbereitschaft, daß ihre 13jährige treue Dienstreue so leicht zu lösen ist, sondern sie wollen der Vapenregierung in ihren Erklärungen nach, daß sie den härtesten Kampf gegen die Kommunisten führen. Gegen diesen National- und Sozialdemokratischen Kampf, gegen diesen National- und Sozialdemokratischen Kampf, es geht weder heute noch am 1. November um die sogenannte zweite Weimarer Republik, sondern um das Massenbekanntnis der Arbeiterklasse für den proletarischen Ausweg aus Not und Elend, für ein sozialistisches Deutschland!

Am Schluß der Tagesordnung begründet Genosse Herrmann noch einen kommunistischen Gesetzentwurf, durch dessen Annahme die Zusammenlegung der Gemeindefunktionen mit den Reichstagswahlen ermöglicht werden soll. Die Abstimmung über die Entwürfe wird in der heutigen Sitzung vorgenommen.

Neben der Belegschaft und entgegen dem Willen der Streikenden geführt hat, leistete damit dem Unternehmer Zeitverbrecher.

Die Firma legt die Verhandlungsbereitschaft des Verbandes und der SPD-Betriebsräte als eine Schwäche der Streikenden Belegschaft aus und hofft einen Teil in der Kampffront zu ziehen zu können. Doch die Belegschaft läßt sich weder von dem Anschlag der Unternehmer, noch von den Wandern der Gewerkschaftsbürokratie betören. Sie setzt ihren Kampf in geschlossener Front fort.

### Hilfsstellung der Bürokratie

für die Firma Seibel & Raumann

(Fortsetzung von Seite 1)

Heute abend erklärte der SPD-Betriebsrat vor der Belegschaft:

„Mit diesem neuen Beschluß der Direktion hat man mein ganzes Konzept verworfen! Später lagte er aber auch, daß es ihm bei einem Streik nicht ganz wohl zu Mute gewesen wäre. Leider führte weiter aus, aber nicht vor der Abstimmung der Belegschaft Stellung zu oder gegen den Unternehmer nehmen sollte, aber die Belegschaft solle sich reichlich überlegen, was es heißt, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, da ja die Direktion soweit entgegengekommen sei.“

Handel, der 2. Vorsitzende des DMB, liegt ebenfalls in die Diskussion ein und gab sich alle Mühe, die Belegschaft vor jeder Kampfmahnahme abzuhalten. „Komme es zu einem Streik, dann müßte zwar die Unterstützung für die Streikenden gezeigt werden, aber sie sollten sich keine Illusionen machen. Die Kämpfe, die die NSD bisher geführt habe, seien „Jahreswunder zusammengebrochen“ und „nur unter Führung der Gewerkschaften konnte der Kampf siegreich sein.“

Von der Opposition sprachen zwei Vertreter. Dann folgte die Abstimmung über den Lohnabbau. Sie ergab 692 Stimmen gegen den Lohnabbau 558 Stimmen dafür und 28 unglückliche Stimmen.

Daraufhin wurde über eine von der Opposition eingebrachte Resolution, die Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau, Mehrrenten und Entlassungen enthält, nicht abgestimmt weil der Begründung, daß die Abstimmung darüber sei und das Ergebnis leuchtete. Da keine Zweidrittelmehrheit gegen den Lohnabbau zuhande gekommen sei, könne ein Streik nicht durchgeführt werden.

Das teilweise Zurückweichen der Betriebsleitung, das mit erfolgte, weil ihr bekannt war, welche Empörung in der Belegschaft über den Lohnabbauverzicht hervorgerufen wurde, bewies, wie sehr die Unternehmer den Streik fürchten. Doch die Belegschaft muß erkennen, daß der Lohnabbau für die 31. und 32. Stunde praktisch bedeutet, daß die Firma jetzt den geplanten Lohnabbau in 2 Etappen durchzuführen beabsichtigt. Das Verhalten der SPD-Betriebsräte und DMB-Führer beweist, daß sie bei jedem neuen Vorstoß ebenfalls wieder gegen einen Streik Stellung nehmen werden.

Daß eine so große Zahl von über 500 Kollegen ihre Zustimmung zu einem Lohnabbau gibt, zeigt, wie hart der verdrängliche Einfluß der Gewerkschaftsbürokraten in dieser Belegschaft noch ist. Die innergewerkschaftliche Arbeit der NSD muß bedeuten verstärkt werden, weil der notwendige Kampf gegen den Lohnabbau nur dann siegreich geführt werden kann, wenn auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit seit in die rote Einheitsfront eintriften. Mit dieser Abstimmung, die schon jetzt eine Mehrheit für den Kampf erlangt hat, ist die Bewegung bei Seibel und Raumann noch nicht beendet. Im Gegenteil, die Belegschaft muß ihre Kampforganisation verstärken und ebenfalls der Lösung folgen: Streik gegen jeden Biennig Lohnabbau!

### Drei Jahre Zuchtthaus für NSD-Abgeordneten

Königsberg 19. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht verurteilte nach 12tägigen Verhandlungen den Reichstagsabgeordneten Paulin zu drei Jahren Zuchtthaus. 27 mitangelegte Arbeiter wurden zu Gefängnisstrafen von 6 bis 3 Monaten verurteilt. Den Verurteilten wird vorgeworfen, daß sie am 15. September bei einer Sitzung eines Arbeitlosen Hilferates gegen die Polizei und Landwehr

## Naziüberfall auf Reichsbannerarbeiter

50 auf 12!

Dillstedt, 19. Oktober 1932 (Eig. Drahtbericht).

Sechs verteilten in der Nähe des Haupt-Posten-Heines 12 Reichsbannerarbeiter Ringblätter, 10 Nazis überfielen die Ringblätter und gaben Schüsse ab. Ein Reichsbannerarbeiter wurde lebensgefährlich durch Beschlag verletzt.

### Nazi-Tememord festgestellt

Ein neues schweres Verbrechen der Nazis ist jetzt bekannt geworden. Vor einigen Tagen wurde in der Nähe von Berlin bei Weiten, der Antiker Wortwahl mit 1000en Gassenverlegungen angehalten. Es kam im Anrufers. Jetzt wurde festgestellt, daß der Antiker von dem Nationalsozialisten aus Anwesenheit übergeben wurde.



# Kaifu der chinesischen Sowjetregierung

## Gegen den Lytton-Bericht — Gegen jede Verharmlosung des chinesischen Volkes!

Shanghai, 18. Oktober. Die „Shanghai Times“ berichtet, dass der Vorsitzende der Zentralregierung der Sowjetrepublik Chinas, Mao Tse-tung, einen Aufruf unterzeichnet hat, der sich an die Arbeiter, Bauern und alle unterdrückten Massen richtet. In dem Aufruf heißt es, wie die „Shanghai Times“ berichtet, dass der Lytton-Bericht ein neues Glied in der Kette der Verharmlosung der unterdrückten Massen Chinas durch die Imperialisten und den Völkerbund ist und einen neuen Plan zur Knechtung der westlichen Massen Chinas darstellt. Der Aufruf fordert die westlichen Massen zum revolutionären Kampf für die Niederwerfung der Kuomintang und für die Ersetzung der Sowjetrepublik in ganz China auf.

# Japan will seinen Raub nicht teilen

## Die japanische Antwort auf den Lytton-Bericht

Tokio, 18. Oktober. Die haßvolle Antwort auf den Lytton-Bericht ist fertiggestellt. Die Antwort lehnt den Lytton-Bericht ab. Es wird darin behauptet, daß durch das Eingreifen der japanischen Truppen zum ersten Male Ruhe und Ordnung in der Mandschurei wieder hergestellt worden sei. China sei kein souveränes Staatswesen; dort herrsche Anarchie. Die Sowjetregierung trägt die Verantwortung für den Handelskrieg gegen Japan. Die japanische Regierung lehnt es ab, die Mandschurei unter internationaler Kontrolle zu stellen, da diese Lösung unter allen Umständen undurchführbar sei. Diese Antwort der japanischen Regierung war vorauszu sehen. Der Lytton-Bericht spiegelt unteilhaftig sehr stark die amerikanischen Interessen in der Mandschurei wider und bemüht sich, Kompromisse zu finden, in welchem möglichst alle großen imperialistischen Räuber auf Kosten Chinas und der Sowjetunion zufriedengestellt werden. Japan beabsichtigt jedoch nicht, seinen Raub zu teilen, wie aus der vorliegenden Antwort klar hervorgeht. Dieser Raub ist dem japanischen Imperialismus durch den Völkerbund ermöglicht worden. Zugleich mahnt der Krieg der nationalrevolutionären Kämpfer in der Mandschurei gegen die japanischen Eroberer an. Die Zahl der Aufständischen soll mehr als 150.000 Mann betragen. Die japanischen Truppen haben in den letzten Tagen erhebliche Schläppen erlitten.

# „Völkerbund — groteske Heuchelei“

## Eingekündigte Lloyd Georges über den Bankrott des Völkerbundes — Ein Kriegsinstrument der größten Räuber

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht Lloyd George einen Artikel „Völkerbund-Tragödie“, in welchem der ehemalige englische Premierminister u. a. folgendes ausführt: „Sticht man zum Kern der Dinge vor, so hat sich der Völkerbund unfähig gezeigt, die Verhütung vorwärts zu bringen, oder Kriegshandlungen, die eine mächtige Nation beging, zu verhindern oder zu bestrafen... Wenn trotz gegenseitiger feierlicher Zusicherungen Minderheiten schamlos gepeinigt, ungeschützte Völkerbestände aufgeschliffen, Gebiete von einem anderen Volk abgetrennt, offene Städte bombardiert und die Zivilisten in Tausenden getötet werden, — dann fällt die letzte Versammlung von Genf zu einer grotesken Heuchelei herab.“

niemand vorwerfen, er sei kein Freund der „Deale des Völkerbundes“. Er verweist darauf, daß er selbst diesem Völkerbund Geburtsbescheinigung geleistet habe. Wenn dieser Mitbegründer des Völkerbundes sein Produkt als eine „groteske Heuchelei“ bezeichnet, so ist das unwillkürlich darauf zurückzuführen, daß die Tätigkeit des Völkerbundes, diese Verharmlosung der imperialistischen Mordbrenner in den Augen der breitesten Massen bereits so kompromittiert hat, daß selbst Lloyd George nicht umhin kann, dies einzugehen.

Zu prüfen ist ebenfalls die Tatsache geworden, daß die deutsche Signatarmächte der Völkerbundkonvention Genf in erster Linie als ein wirksames Werkzeug für ihre eigenen nationalen Zwecke betrachten, es aber mit geringfügiger Ausnahme behandelt haben, wenn es sich in eine Richtung auswirkt, bei der sie nichts gewinnen konnten. (Es scheint, daß Lloyd Georges Kritik auf dieselben Ursachen zurückzuführen ist. Die Red.)

Aber noch ein anderer Grund ist für diese Betrachtungen Lloyd Georges ausschlaggebend. Der Völkerbund, der eine Zeitlang in erster Linie das Instrument des englischen Imperialismus war — damals hat ihn Lloyd George nicht als „groteske Heuchelei“ bezeichnet — ist heute vornehmlich das Instrument des französischen Imperialismus zur Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung geworden, was sich auch äußerlich in der Übernahme des Generalsekretariats durch den Franzosen Poincaré äußert. Und die englische Bourgeoisie wünscht durchaus aus dieser Vormachtstellung zurückzutreten, wenn sie nicht die Folge ihrer schwächeren inneren und internationalen Lage daran gehindert wäre.

In einem Zeitpunkt, der ihm günstig schien, hat Japan für seine eigenen Ziele die Mandschurei von China getrennt. Weil China auf dem einzig möglichen Wege, nämlich durch den Boykott der japanischen Waren dagegen protestiert hat, haben die Japaner in einem plötzlichen Nervenanfall die Chinesen der Schanghai blutig überfallen. Der Völkerbund hat „gemeldet“ und gelegentlich getuschelt, aber ohne die leiseste Wirkung.

Die einzigen, die es heute noch immer wagen, die westlichen Massen mit dem Hinweis auf den Völkerbund zu betrügen, das sind die sozialdemokratischen Führer, die seit 1919 die nach der restlosen Enttarnung dieses Mordbrennerbundes auf dem G. V. Kongress in Prag von einer „Erfüllung des Völkerbundes mit sozialistischem Geist“ redeten.

# Rumänien hintertreibt Nichtangriffspakt

Moskau, 17. Oktober. Die Presse veröffentlicht ein Interim des Genossen Litwinow über die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien, die den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zum Gegenstand haben. Genosse Litwinow schilderte zunächst einmal die Geschichte der Verhandlungen, in deren Verlauf die rumänische Regierung zweimal ihre eigenen Vertreter desavouierte und die bereits erstellten Vereinbarungen für nichtig erklärte. Genosse Litwinow äußerte sich sodann weiter:

„Es ist deutlich zu erkennen, daß den Rumänen längst bekannt gekommen wäre, wenn Rumänien tatsächlich den Abschluß eines Nichtangriffspaktes eingeleitet und nicht Rebus geworden wäre. In der Deonanzierung der eigenen Vertragsverpflichtungen spiegeln sich die in Rumänien innerhalb der herrschenden Schicht vorhandenen Gegensätze wider. Der Verlauf der Verhandlungen erweckt oft Zweifel, ob der Wille Rumäniens nach Abschluß seines Paktes auch wirklich und aufrichtig ist. Wir haben in letzter Zeit von unheimlichen Ballistiken rumänischer Kampfbatterien gehört, daß Rumänien eines solchen Nichtangriffspaktes nicht bedürftig ist. Von solchen Ballistiken (genannt in rumänischer Sprache) läßt sich schwerlich erwarten, daß sie Verhandlungen, die den Abschluß eines Abkommens zum Ziel haben, stoppen werden.“

# 10. November — Weltkongreß der I. R. S.

## Aufruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe

An alle Welttätigen!  
Am 10. November tritt in Moskau der Weltkongreß der Roten Hilfe zusammen. Der Kongreß wird die Leistungen der Internationalen Roten Hilfe während der zehn Jahre ihres Bestehens aufzählen. Der Kongreß wird auch alle aufrufen, der Roten Hilfe beizutreten, ihre Reihen zu erweitern und zu festigen. Die Stimme der Roten Hilfe muß von allen Welttätigen gehört, die auf einmütigen Widerstand erwidern.  
Setzt euch um! In den kapitalistischen Ländern wider den verbreitetsten Terror, überall werden Völkler und Völkler eingeleitet!  
Hörst auch auf! Aus allen kapitalistischen Gefängnissen erheben sich die Stimmen der Unterdrückten, die an euren schmerzlichen Kämpfen mitmachen, die grausamsten Verhandlungen führen, ist eure Pflicht.  
Ihr alle, eure Angehörigen und Verwandten, Arbeiter und

Arbeiterinnen, ihr Welttätigen aus Stadt und Land, seid von demselben Los bedroht!  
Die Sache der Roten Hilfe ist eure ureigene Sache! Sie ist der unterdrückte Teil im gemeinsamen Kampf für Arbeit und Brot, gegen den imperialistischen Krieg und gegen einen Überfall auf unser einträgliches Vaterland, die Sowjetunion!  
Tretet in Reihen in die Reihen der Roten Hilfe ein! Wäge das Zeichen der Roten Hilfe, die rote Fahne, die noch hinter Kerkerriegeln heraufschaut, bald den ihr gebührenden Platz in jeder Arbeiter- und Bauernfamilie einnehmen!  
Es lebe die Internationale Rote Hilfe!  
Es lebe die internationale Solidarität der Welttätigen im Kampf gegen weißen Terror, Faschismus und Kriegesgefahr!  
Das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe.

Was die Sowjetregierung anbetrifft, so ist es jetzt, wie im Laufe der ganzen Verhandlungen, von entscheidender Stärke und Wichtigkeit eines Nichtangriffspaktes mit Rumänien beizutreten. Sie will eine übermäßige Unterzeichnung des Abkommens für sich erzwingen und will die Unterzeichnung beiderseitiger gegenseitiger Pakte als Garantie des Friedens eine größere Bedeutung bei als dem Abkommens-Pakt, der die Entziehung eines souveränen Rumäniens zwischen Japan und China beinahe nicht verhindern wird. Die Sowjetregierung kann damit jedoch nicht zufrieden sein, da die Verhandlungen in einer so frühen Phase zu einem diplomatischen Kaufspiel mit ihr unzulässig sind und zwischen Krieg geworden sind. In die Überzeugung, daß nach den Senker-Verhandlungen der Standpunkt der Sowjetregierung in dieser Frage der rumänischen Regierung genügend bekannt ist.“

# Rumänische Regierung gestürzt

Bukarest, 17. Oktober. Der rumänische Ministerpräsident Balda-Bollob hat dem König die Demission des Schlichtungsausschusses überreicht, die angenommen wurde.

# Schapowalow

## ILLEGAL

Die alte Bolshewik erzählt aus seinem Leben

**Fortsetzung**  
Ich werde Ihnen eine Reismöglichkeit auf dem Dampfer „Verta“ bis nach Mariampol vermitteln. In einigen Tagen kommt dieser Dampfer tragen. Ich selbst schick mich, nachdem mein Koffer die Sachen vor und machen Sie sich reisefertig. Der Kapitän ist katholischer Greifer und hält sich nicht gerne hier auf. Sofort nach Beendigung der Ladung erteilt er den Befehl zur Abfahrt.  
Endlich kam der Dampfer „Verta“. Ich sagte allen, daß ich mit dem Zug nach Mariampol fahre, beschwindelte also die Gendarmen und ließ von grauenhaften Genossen meine Sachen auf den Dampfer tragen. Ich selbst schick mich, nachdem mein Koffer schon auf dem Dampfer war, unbemerkt von den Spitzeln, die mich auf dem Bahnhof suchten, hinauf.  
Der Chef der Kautalifer Gendarmenleitung schrieb in einer Meldung an das Polizeidepartement, daß im am 19. August 1901 ein Dampfer abgefahren sei und erst am 12. Mai 1902, das heißt fast ein Jahr später, nach sorgfältiger Suche, gefunden wurde.

### Auf dem Dampfer

Dichter grauer Nebel hüllte den Dampfer Helen, das Meer war das Meer ein, als in der Nacht vom 19. auf den 20. August 1901 der Handelsdampfer „Verta“ den Hafen von Batum verließ. Die Lichter stimmerten spärlich und schwach hinter dem grauen Nebel. In drei Schritten Entfernung war nichts zu sehen. Der Dampfer bewegte sich langsam dem offenen Meer zu.  
„Wer fährt dort?“, er, wer fährt dort?“, fragte die ersten Stimmen aus dem Nebel. Der Dampfer schwieg, setzte seinen Weg, ohne die Schreie zu beachten, fort.  
„Sagt doch endlich, wer seid ihr, ihr verdammten Kerle!“  
„Verta“, erlöste endlich die Leise, im Nebel strahlende Antwort von unserem Dampfer.

„Warum schweigt ihr also, ihr Hunde?“ schrie die Stimme aus dem Nebel heraus. „Kenne ich nicht die Vorzeichen? Hier ist eine Rettung, Belagerungszustand. Ihr werdet Gefaß schenken müssen. Der Teufel soll euch holen!“ schrie die Stimme immer weiter und verstumte dann endlich.  
„Ebenso wie der Dampfer durch den blauen Nebel auf dem Meer fährt, so weh auch ich nicht, was mich im Norden erwartet. Ich kam als junger Mensch, voller Kraft und Energie, nach Batum. Ich lehre in den Kasernen als franter, geschwätzer, physisch gebrochener Mensch zurück. Mein erster Wurf ist mir nicht gegliedert!“ ging es mir durch den Kopf.  
Mit diesen Gedanken schielte ich unter dem gleichmäßigen Rattern der Maschinen und dem Klang des Wellenschlages gegen den Dampfer, in der Kajüte des Kapitäns ein.  
Ich erwachte am frühen Morgen auf dem schmalen Bett der Kajüte und erblickte großes Sonnenlicht, das durch das kleine, runde Fenster in drei, hellen Streifen auf die Wände legte. Das Schlagen der Wellen gegen das Schiff war nicht mehr zu hören. An das Ohr drang nur das angenehme Rauschen der Wellen, die der Dampfer geräuschte. Es lag mich auf das Deck. Zum erstenmal in meinem Leben machte ich eine Seereise. Das dunkelblaue Meer auf der linken Seite des Dampfers, die wunderlichen Umrisse des kaukasischen Ufers auf der rechten Seite, die ungewöhnlich reine, gesunde Seeluft, der blaue Himmel, das Sonnenlicht, die Delphinherden, die den Dampfer begleiteten — das alles überlachte mich, ließte meine Aufmerksamkeit, rief eine Begeisterung über die herrliche Natur Schönheit in mir hervor.  
„Herrlich ist die Welt, in der wir leben“, dachte ich. „In so einer Welt ist ein besseres, schöneres Leben bestimmt möglich.“  
„Schön ist es auf dem Meer“, sagte ich dem Stewardier des Kapitäns, mit dem ich in einer Kajüte fuhr. „Sie sind zu beneiden.“  
„Warum?“ fragte er.  
„Weil Sie immer auf dem Meer sind.“  
„Sie irren sich. Da gibt's nichts Besseres. Es ist wohl angenehmer, ein- oder zweimal eine Meerreise zu machen, wie Sie es jetzt tun, aber schließlich, sein ganzes Leben diese Küstendampferfahrten mitzumachen, ist wirklich kein Vergnügen, besonders nicht im Winter, während der Stürme...“  
„Kommen Sie mal im Winter, im Frost, auf unseren Dampfer, wenn alles auf dem Dampfer zu Eis wird, wenn der Sturm das Eisenerd hat herunterreißt, beschauen Sie mal, da oben am Deck zu stehen, besonders in der Nacht, wenn der Sturm heult, ein Schneegestöber treibt und nicht zu sehen ist...“  
„Ja, es gibt wohl Augenblicke, wo das Meer, wie zum Beispiel jetzt, von einer so unerschreiblichen Schönheit ist, daß man sich nicht loslösen kann“, sagte er fort, „in solchen Augenblicken liebe ich das Meer. Es gibt aber Tage, an denen ich das Meer haße. Das Bewußtsein, an diesen alten Kästen, der von Kästen wimmelt, gefesselt zu sein, ist fürchterlich. Das ist doch kein Dampfer! Er wurde in England wegen Untauglichkeit als weiches Protger, einen Juden aus Odessa, verkauft. Ich bin das ein Leben hier? Wenn man sein ganzes Leben so hin und herpendelt, kann man leicht vollständig verkommen, verblöden, Säuer werden...“  
Er verstumte. Unsere Aufmerksamkeit wurde von lauthoren Schreien abgelenkt, die aus der Maschinenabteilung zu uns drangen.  
„Immer wieder dasselbe“, sagte der Stellvertreter des Kapitäns. „Hören Sie nur zu, was da vorgeht.“  
„Ich trat zur Luke, die zum Heijraum führte.“  
„Da, ihr Mühlgänger“, schrie der erste Heijer, der neben bei den Dampfstein stand, zu den Passagieren der dritten Klasse darauf, die unentgeltlich fuhren und die sich verpflichtet hatten, ihr Fahrgeld abzuarbeiten. „Da, ihr, jetzt müßt ihr schonen, sonst nehmt das Schicksal! Kimm, du die Schaulst und schmeiß Kohle in den Ofen, aber rascher! Rühr dich! Glaubst ihr, wir werden euch umsonst fahren und Wintern, ihr Faulpelz! Ihr müßt nichts anderes, als kochen, schlafen und eure Kleider gereinigt werden, müßt ihr nicht! Ich werde euch schon zeigen, die verdammten Heijer, wie man um eine Gratilicht auf dem Dampfer steht. Aber hochmütig, Herr Kapitän, bitte, nehmen Sie mich die nach Mariampol mit, ich werde das Fahrgeld abarbeiten!“ — und ich, ich liegt ihr da wie die Faulkauer!“  
Der erste Heijer, der rasch und schweißbedeckt einem schwarzen Teufel gleich, gab den Neulingen im Heijerhaus nicht einen Augenblick Ruhe, dabei haute er nach gewohnter Art bald dem einen, bald dem anderen eine Ohrspeise drunter. Die armen Passagiere der dritten Klasse kammern sich unter seinen Schlägen wie Gläser am Hüllenplatz, nah, vor Schweiß und Schmutz vom Kopf.  
„Was drängst du dich da auf das Deck?“ schrie er plötzlich einen der Passagiere an, der versuchte, aus dieser Hölle zu kommen. „Auf das Deck willst du? Wirst dich wie ein Schwein in der Sonne wärmen? Ich werde dir schon zeigen, was ein Deck ist!“

„Warum schweigt ihr also, ihr Hunde?“ schrie die Stimme aus dem Nebel heraus. „Kenne ich nicht die Vorzeichen? Hier ist eine Rettung, Belagerungszustand. Ihr werdet Gefaß schenken müssen. Der Teufel soll euch holen!“ schrie die Stimme immer weiter und verstumte dann endlich.  
„Ebenso wie der Dampfer durch den blauen Nebel auf dem Meer fährt, so weh auch ich nicht, was mich im Norden erwartet. Ich kam als junger Mensch, voller Kraft und Energie, nach Batum. Ich lehre in den Kasernen als franter, geschwätzer, physisch gebrochener Mensch zurück. Mein erster Wurf ist mir nicht gegliedert!“ ging es mir durch den Kopf.  
Mit diesen Gedanken schielte ich unter dem gleichmäßigen Rattern der Maschinen und dem Klang des Wellenschlages gegen den Dampfer, in der Kajüte des Kapitäns ein.  
Ich erwachte am frühen Morgen auf dem schmalen Bett der Kajüte und erblickte großes Sonnenlicht, das durch das kleine, runde Fenster in drei, hellen Streifen auf die Wände legte. Das Schlagen der Wellen gegen das Schiff war nicht mehr zu hören. An das Ohr drang nur das angenehme Rauschen der Wellen, die der Dampfer geräuschte. Es lag mich auf das Deck. Zum erstenmal in meinem Leben machte ich eine Seereise. Das dunkelblaue Meer auf der linken Seite des Dampfers, die wunderlichen Umrisse des kaukasischen Ufers auf der rechten Seite, die ungewöhnlich reine, gesunde Seeluft, der blaue Himmel, das Sonnenlicht, die Delphinherden, die den Dampfer begleiteten — das alles überlachte mich, ließte meine Aufmerksamkeit, rief eine Begeisterung über die herrliche Natur Schönheit in mir hervor.  
„Herrlich ist die Welt, in der wir leben“, dachte ich. „In so einer Welt ist ein besseres, schöneres Leben bestimmt möglich.“  
„Schön ist es auf dem Meer“, sagte ich dem Stewardier des Kapitäns, mit dem ich in einer Kajüte fuhr. „Sie sind zu beneiden.“  
„Warum?“ fragte er.  
„Weil Sie immer auf dem Meer sind.“  
„Sie irren sich. Da gibt's nichts Besseres. Es ist wohl angenehmer, ein- oder zweimal eine Meerreise zu machen, wie Sie es jetzt tun, aber schließlich, sein ganzes Leben diese Küstendampferfahrten mitzumachen, ist wirklich kein Vergnügen, besonders nicht im Winter, während der Stürme...“  
„Kommen Sie mal im Winter, im Frost, auf unseren Dampfer, wenn alles auf dem Dampfer zu Eis wird, wenn der Sturm das Eisenerd hat herunterreißt, beschauen Sie mal, da oben am Deck zu stehen, besonders in der Nacht, wenn der Sturm heult, ein Schneegestöber treibt und nicht zu sehen ist...“  
„Ja, es gibt wohl Augenblicke, wo das Meer, wie zum Beispiel jetzt, von einer so unerschreiblichen Schönheit ist, daß man sich nicht loslösen kann“, sagte er fort, „in solchen Augenblicken liebe ich das Meer. Es gibt aber Tage, an denen ich das Meer haße. Das Bewußtsein, an diesen alten Kästen, der von Kästen wimmelt, gefesselt zu sein, ist fürchterlich. Das ist doch kein Dampfer! Er wurde in England wegen Untauglichkeit als weiches Protger, einen Juden aus Odessa, verkauft. Ich bin das ein Leben hier? Wenn man sein ganzes Leben so hin und herpendelt, kann man leicht vollständig verkommen, verblöden, Säuer werden...“  
Er verstumte. Unsere Aufmerksamkeit wurde von lauthoren Schreien abgelenkt, die aus der Maschinenabteilung zu uns drangen.  
„Immer wieder dasselbe“, sagte der Stellvertreter des Kapitäns. „Hören Sie nur zu, was da vorgeht.“  
„Ich trat zur Luke, die zum Heijraum führte.“  
„Da, ihr Mühlgänger“, schrie der erste Heijer, der neben bei den Dampfstein stand, zu den Passagieren der dritten Klasse darauf, die unentgeltlich fuhren und die sich verpflichtet hatten, ihr Fahrgeld abzuarbeiten. „Da, ihr, jetzt müßt ihr schonen, sonst nehmt das Schicksal! Kimm, du die Schaulst und schmeiß Kohle in den Ofen, aber rascher! Rühr dich! Glaubst ihr, wir werden euch umsonst fahren und Wintern, ihr Faulpelz! Ihr müßt nichts anderes, als kochen, schlafen und eure Kleider gereinigt werden, müßt ihr nicht! Ich werde euch schon zeigen, die verdammten Heijer, wie man um eine Gratilicht auf dem Dampfer steht. Aber hochmütig, Herr Kapitän, bitte, nehmen Sie mich die nach Mariampol mit, ich werde das Fahrgeld abarbeiten!“ — und ich, ich liegt ihr da wie die Faulkauer!“  
Der erste Heijer, der rasch und schweißbedeckt einem schwarzen Teufel gleich, gab den Neulingen im Heijerhaus nicht einen Augenblick Ruhe, dabei haute er nach gewohnter Art bald dem einen, bald dem anderen eine Ohrspeise drunter. Die armen Passagiere der dritten Klasse kammern sich unter seinen Schlägen wie Gläser am Hüllenplatz, nah, vor Schweiß und Schmutz vom Kopf.  
„Was drängst du dich da auf das Deck?“ schrie er plötzlich einen der Passagiere an, der versuchte, aus dieser Hölle zu kommen. „Auf das Deck willst du? Wirst dich wie ein Schwein in der Sonne wärmen? Ich werde dir schon zeigen, was ein Deck ist!“



Einige Fragen der Regulierung des Wachstums der KPD

# Internationale Kritik an der Partei-Werbearbeit

Bei den Streiks, beim Wahlkampf, in der Einheitsfrontaktion, verstärkt schnell, entschieden die Partei in den Betrieben!

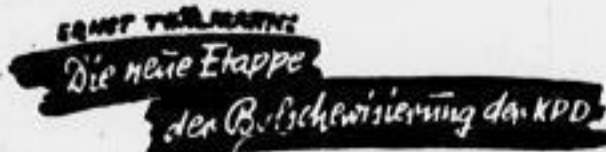
Bei der zweiten Hälfte des Jahres 1932 macht die KPD in einem schnellen Tempo, im Jahre 1931 und 1932 hier der Juni weiter, Anzahl 100.000, die die KPD als Werbearbeit vom Oktober 1931 bis Februar 1932 sich legte, traten 165.000 in die Partei ein. Trotzdem infolge der Fluktuation lie nicht alle in der Partei festgehalten wurden, zeigt dieses Wachstum der KPD die steigende Anzahlungskräfte der Partei auf die Arbeiter.

Man sieht auch, daß die größten Organisationen der KPD sind in den Hauptindustriebezirken in den Betrieben (die Berliner Partielorganisation und die Organisationen im Ruhrgebiet, Sachsen u. a.), was die gesunde Tendenz des Wachstums der KPD zeigt. Doch auf anderer Seite sind die Mängel der Werbearbeit die Ursache einer negativen Erscheinung im Wachstum der Partei. Es handelt sich um die schlechte Einstellung der neuen Mitglieder durch die Organisationen der Partei, was die Ursache einer Fluktuation ist und die noch geringe Zahl der im Betrieb lebenden Arbeiter in der Partei.

## Der Kampf gegen die Fluktuation ein entscheidendes Mittel zur Regulierung des Wachstums der Partei

Was die Fluktuation betrifft, so ist bekannt, daß auch in der KPD die Gründe dieser Erscheinung sind: schlechte Erlösung der Mitglieder, besonders der neuen, durch die Jellen und andere Parteioffiziere, nicht genügende Heranzüchtung aller Mitglieder zur aktiven Mitarbeit in der Partei- und Massenarbeit, besonders die ungenügende Kritik der unteren Parteieinheiten und -zellen wie auch die mangelhafte Erziehungsarbeit, Mangel in der Regulierung des Wachstums und sozialdemokratische Leberthei in den Methoden der Werbearbeit. Zur Bekämpfung dieser Erscheinungen können alle bekannten Beispiele. Es genügt, hier das Beispiel der Ergebnisse der von der KPD Ruhrgebiet gemachten Untersuchungen anzuführen. Es wurden 601 Austritte für die Monate Januar und Februar 1932 festgestellt, von denen 340 mit der Begründung „haben kein Geld, können die Beiträge nicht bezahlen“

Sie muß lesen:



Im neuen Heft der „Internationale“ (Doppelheft August 1932). Preis 20 Pf.

unverschämten waren: 39 mit der Begründung „Familienverhältnisse“, 21 wegen Unbequemlichkeit der Aufnahme; 51 „weil wenig Interesse“, 113 waren nicht aufgefunden und 64, also die Mehrzahl, wurden als fremde und unzulässige Elemente aus der Partei entfernt.

Die große Streikkraft ist infolge der schlechten Arbeit in den betreffenden Parteieinheiten (Verzögerung der Maßnahmen, wenig Interesse), ihrer schlechten Verbindung mit den Mitgliedern, besonders den neuen (113 nicht aufgefunden), ihrer Sorglosigkeit in der Frage der neuen Mitglieder in der Partei und Verzögerung der Fluktuation u. a. durch kameradschaftliche Kameradschaft zu jedem Mitglied (Austritt wegen Geld, Familienverhältnisse, jugendlos) — für die Parteioffiziere verloren gegangen.

Die KPD kann und muß gegen eine solche Fluktuation ankämpfen und sie überwinden durch die Verbesserung der Arbeit mit den neuen Mitgliedern und der konsequenten Verringerung der gesamten Werbearbeit von Seiten der Organisationen der KPD und der Zellen.

Der Kampf gegen die Fluktuation ist gleichzeitig ein Kampf für die Erhöhung der Aktivität aller Parteimitglieder. Die Fluktuation nimmt dort zu, wo die Aktivität der Parteimitglieder abnimmt.

Der Kampf gegen die Fluktuation ist gleichzeitig auch das wichtigste Element der Regulierung des Wachstums der Partei, weil Fluktuation dort unermesslich ist, wo die Mitgliedererziehung ohne genügende Anleitung, ohne systematische Vorbereitung von Redatoren für das Wachstum, ohne genügende Beteiligung der unteren Parteieinheiten, hauptsächlich in Versammlungen geführt wird.

## Planmäßige Gewinnung von Betriebsarbeitern Hauptaufgabe der Werbearbeit

Was die soziale Zusammensetzung der KPD anbetrifft, so ist es zwar richtig, daß der größte Teil der erwerblosen KPD-Mitglieder ehemalige Arbeiter sind, doch in Deutschland über die Hälfte des Parteiapparats erwerblos ist und daß dies sich in der Zusammensetzung der KPD auswirkt, um so mehr als die Kommunisten die ersten sind, die aus den Betrieben entlassen werden. Trotz dem ist vollkommen klar, daß das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Zahl der erwerblosen und der beschäftigten Arbeiter in der Partei kein normales und zureichendes ist und ohne weiteres Schwäche der Werbearbeit in den Betrieben zeigt.

Es besteht zweifellos ein Zugang von Betriebsarbeitern zur kommunistischen Partei, denn selbst bei schwacher Werbearbeit unter ihnen treten der KPD Tausende von Betriebsarbeitern bei, welche die durch den Terror aus den Betrieben entfernten Genossen ersetzen. Zum Beispiel in der ungarischen Parteiführung Delegiertenkonferenz der Betriebszellen im Bezirk Budapest waren unter 100 Delegierten 76, die in den Jahren 1931 und 1932 in die Partei eingetreten sind. Es gibt sogar einige Beispiele einer starken Anwesenheit von Betriebszellen. So wurden in Gollingen im Laufe einiger Tage 168 Betriebsarbeiter gewonnen, im Bezirk Riedberg

rhein mit Hilfe von Hausagitation an einem Sonntag 600 Betriebsarbeiter.

Was wäre aber, wenn eine solche Arbeit nicht nur von einzelnen, sondern von allen Organisationen und nicht nur durch Hausagitation, sondern hauptsächlich durch aktive Arbeit der Betriebszellen selbst — und zwar nicht nur von Zell zu Zell —, sondern stetig, tagtäglich und erst recht in Verbindung mit Kämpfen geleitet würde? So ist klar, daß diese und andere Beispiele, die man anführen könnte, davon zeugen, daß es einen Zeitraum der Werbearbeit zur Partei gibt und daß man ihn nur mit Hilfe aktiver Betriebszellenarbeit auszunutzen braucht.

Die Ursachen des schwachen Wachstums der Parteioffiziate der KPD durch Werbearbeit ist darin zu suchen, daß in der Regel die Werbearbeit nicht in den Betrieben selbst, nicht tagtäglich durch die Zellen und in enger Verbindung mit der gesamten Massenarbeit der Partei und mit Massenbewegungen geleitet wird, sondern hauptsächlich in Versammlungen und teilweise durch Hausagitation betrieben wird. Daraus ergibt sich die Fluktuation in den Betrieben weit hinter ihrem allgemeinen Wachstum zurück und — was die Großbetriebe anbetrifft — so leicht dieser Zuwachs ist nicht aus, um die Verluste an Kommunisten in den Betrieben, die durch den Terror und durch Einschränkung der Produktion verursacht werden, schrittweise vollständig zu decken. Darüber wurde schon viel gesprochen. Es gibt auch zahlreiche Beispiele, insofern als auch die KPD der KPD, doch bleibt diese Arbeit oft auf dem gleichen Stand und es muß hier gesagt werden, daß es ein systematisches, fortwährendes Kampf von Seiten der Parteioffiziate zur Ausfüllung dieser Beschlüsse erfordert ist.

Wenn logar der Plan über die Gewinnung von 35 Prozent Betriebsarbeitern von 100.000 neuen Mitgliedern noch ungenügend war, um die Zukunft der KPD in den Betrieben zu sichern, so mußten in den Betrieben die Werbepunkte bezüglich der Betriebsarbeit im Vergleich zu diesem Plan noch mehr eingespart und die Ausführung dieses Plans hinter diesen bezeichneten Plan zurück. So kam es, daß in Januar d. J. die Berliner Organisation 3646 neue Mitglieder erwarb, davon aber Betriebsarbeiter nur 862; die Organisation Halle-Regensburg

1111 neue Mitglieder, davon 209 Betriebsarbeiter. Ruhrgebiet 2600 neue Mitglieder, davon 457 Betriebsarbeiter, Sachsen 2547 neue Mitglieder, davon 751 Betriebsarbeiter usw. Wie die Entwicklung der Werbearbeit zeigt, hat die KPD die besten Möglichkeiten zur Erweiterung ihrer Reihen in den Betrieben des belebtesten Industrielandes der Voraussetzungen der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Dem Zugang von Arbeitern zur Partei keine künstlichen Schranken stellen, aber ihn richtig auszunutzen, die Organisation der Partei in derselben Zeit quantitativ

und qualitativ stark — das ist die Aufgabe der Regulierung, die dementsprechend die Fluktuation der Partei.

Dazu gehört, daß der Schwerpunkt der Werbearbeit auf die ausbildungsbedürftigen Arbeiter, in die Großbetriebe verlegt wird. Die Werbung von revolutionären Betriebsarbeitern ist noch verhältnismäßig in der Partei gehoben wird. Die Werbepunkte der Werbepunkte herabgesetzt werden, natürlich unbedingt unter Berücksichtigung der Aufnahmen revolutionärer erwerbloser Arbeiter in die Partei. Nach dieser Einstellung zur gesamten Parteioffiziate, die man oben bis unten in ihrer alltäglichen Werbearbeit nachprüfen kann, in welchen Fällen sich bessere Resultate im Wachstum der Partei erreicht werden.

## Ständige Kontrolle der Werbearbeit

Die Probleme, welche hier aufgeführt sind, sind die Probleme der Regulierung des Wils zwischen den qualitativen Möglichkeiten und Ausführung dieser Beschlüsse. Die Lösung dieser Probleme führt in den Vordergrund die Frage der Kontrolle und damit die Kontrolle der Werbearbeit und die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben. Die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben ist die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben. Die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben ist die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben.

Die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben ist die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben. Die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben ist die Kontrolle der Werbepunkte in den Betrieben.

## Wie muß Werbearbeit organisiert werden

Die — im allgemeinen Sinne, d. h. die Grundlage, die überall den Methoden und Aufgaben —, das ist in den Richtlinien der KPD und der KPD mehrmals festgelegt.

1. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
2. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
3. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
4. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
5. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
6. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
7. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
8. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
9. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.
10. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.

stellen, ob die Zellen wirklich Hilfe und Anleitung von Seiten der KPD empfangen, ob ihre Anleitung genügend und richtig ist, ob alle notwendigen Parteifraktionen in den betreffenden Betrieben für die Durchführung der Aufgaben eingerichtet sind. Das kann keineswegs festgestellt werden nur aus statistischen Unterlagen, sondern nach der Prüfung unterer Organisationen und Zellen und der praktischen Werbepunkte in den Betrieben. Eine solche Kontrolle von Seiten der Parteioffiziate mit ihnen die Werbepunkte geben, die Kameradschaft jeder Parteioffiziate um Hilfe, die auch einzelne Mitglieder auf die Erhaltung der Werbepunkte lenken, gute Maßnahmen und Hilfe zu geben, rechtzeitig notwendige Änderungen der Werbepunkte vorzunehmen, richtige Aufgaben zu stellen, d. h. eben kontrollieren die Arbeit zu leisten.

Zu behaupten, daß schon jetzt eine solche Kontrolle allgemein überlogar nur in allen wichtigen Organisationen besteht, wäre nicht richtig und könnte nur die weitere richtige Organisation der Kontrolle hemmen. Besonders schwach mit der Kontrolle der Werbepunkte als Regel in den Betrieben, schon abziehen von den Zellen. Das trifft noch besonders zu bei der Parteipresse, die Organe der Parteioffiziate.

den Arbeiterzellen zu organisieren, kameradschaftliche Werbepunkte mit ihnen über die Partei legen, aber vor allem die Unbequemlichkeiten, die die Werbepunkte in den Betrieben vor dem Eintritt in die Partei abhalten, und zu diesem Anteil nicht nur Arbeiter aus den revolutionären Organisationen zuziehen, sondern auch unorganisierte Arbeiter, die in den revolutionären und anderen nichtrevolutionären, revolutionären Organisationen stehen.

Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.

Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.

Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben. Die Werbepunkte in den Betrieben sind die Werbepunkte in den Betrieben.

Ein ne  
pudchen  
bezeichnet  
Es erzielte  
selbst in  
den Kämpfen  
Bibbaum  
währte Sch  
beide das  
ganz  
Da  
von letzter  
Spielma  
geheben  
amat zum  
die lauten  
beschreiben,  
die KPD  
Diele  
verbleibe  
der Einleit  
An ein  
der Kandid  
tiger Men  
Ereien ab  
wie hier u  
Hier u  
Betrucht  
jeden sich  
jedes Elie  
geben habe  
Herr J  
etwas ande  
Am Anlich  
Bei  
Hetzigen  
Spielma  
Begrünig  
Mengen  
Bietet u  
in einer  
erst je  
meist un  
im un  
Uf  
Spielma  
die eine  
Ikon je  
mehrlein  
werden  
ten Ver  
Die  
1912 bis  
Zeit dar  
mehr ita  
mullen o  
der Elie  
meg ab  
Bel  
Luden,  
mögen  
Kraudem  
gühtenen  
Terie  
men auf  
ren kahr,  
Umweilun  
Ro  
Tami  
tm durch  
ein Stud  
bei nach  
II  
wenig  
liche Be  
Kollstu  
in-Belo  
mitten  
kann je  
rang m  
genger  
Perkoff  
gabe de  
Zum  
allem m  
ben, folg  
„E  
in oi  
tung  
In E  
hä aus d  
werden je  
tion Elie  
Die G  
Dun  
Die  
angehört  
Delegati  
Erwerbs  
Krahsch,  
in Vunte  
Herr  
zur. Ne  
Krahsch  
„E



# SPD-Führer Handlanger der Papendiktatur

## Eine neue Schandverordnung des Stadtrats Kirchhof gegen die Erwerbslosen. Antwortet durch Einreichung in die Antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Sozialreaktion. Zeigt eure Kampfbereitschaft durch Wahl von Kommunisten!

Wir haben bereits eine Fülle kommunalen Materials veröffentlicht, aus dem die Rolle der SPD-Führer als Zuhälter kommunaler Behörden zu erkennen ist. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit des SPD-Bürgermeisters Kirchoff und des jetzigen Nazi-Bürgermeisters Köhler. Jetzt antwortet Herr Kirchoff, ehemaliger Vorsitzender der Dresdner Christenbrüder, als Stadtrat und Vorstand des Dresdner Wohlfahrtsamtes. Als die SPD seinerzeit die Wahl dieses SPD-Führers ablehnte, da heute die SPD-Führung, und die „Dresdner Volkspolizei“ erhebt in ganzen Spalten ein wütendes Geschrei über den angeblichen Arbeitsschutz, den die Kommunisten begangen haben sollen. Jetzt ist Herr Kirchoff ein Jahr Stadtrat. Dieses eine Jahr genügt vollständig, um auch den letzten Arbeiter erkennen zu lassen, daß die Handlungen der früheren SPD-Bürgermeister keine Einzelergebnisse waren, sondern daß die Politik der SPD-Führer zuhälterpolitisch für die herrschende Klasse bedeutet. Die SPD-Führer sind die zuverlässigsten Exekutivorgane der herrschenden Klasse in der Gemeinde. Sie führen den Papen-Kurs am zuverlässigsten durch.

Ein neues handlanges Stück, das geradezu als ein Duldemannstück im Kampf dieses Dementen gegen die Erwerbslosen bezeichnet werden kann, leistete sich Herr Kirchoff neuerdings. Er erhielt jetzt alle Volkstucheneinhaber ein Schreiben. Das ist eine Anweisung an die Volkstucheneinhaber zur schärfsten Kontrolle der Erwerbslosen. Es ist eine der schlimmsten Maßnahmen. Um auch dem letzten Wertigen zu zeigen, daß die Schandverordnungen der SPD-Führer fähig sind, lassen wir nachfolgend das Schreiben ausgangswiese folgen. Da heißt es ein wenig:

„Da auch dorthin bekannt sein dürfte, wird besonders in den letzten Monaten mit den vom Fürsorgeamt ausgehenden Spielmarken für die Volkstücher ein schamhafter Handel getrieben. Er spielt sich in der Weise ab, daß diejenigen, die zum Empfang von Spielmarken berechtigt sind, weil sie laufende Unterstüchtung vom Fürsorgeamt oder Arbeitsamt beziehen, aber selbst auf die Marken Eisen nicht entnehmen, sich die Marken geben lassen und weiter veräußern.“

Diese Behauptungen sind eine einzige Verhöhnung des Erwerbslosen. Sie zeigen, daß die SPD-Führer von der Not der Proleten absolut keine Ahnung haben.

In einem weiteren Absatz macht Herr Kirchoff den Inhabern der Wohnstätten den Vorwurf, daß sie auf Spielmarken in beträchtlicher Menge den Erwerbslosen zu jeder Tageszeit verschiedene Speisen abgeben. Es sei sogar vorgekommen, daß Genußmittel wie Bier und Rauchwaren abgegeben würden.

Hier macht Herr Kirchoff den Volkstucheneinhabern einen Vorwurf daraus, daß sie den ausgehungerten Erwerbslosen, indem sie diese einmal mehrere Marken geparkt und dafür ein anderes Essen als die Suppe, die sie für gewöhnlich erhalten, abgegeben haben.

Herr Kirchoff glaubt wahrscheinlich, daß ein Erwerbsloser etwas anderes als diese Suppen überhaupt nicht vertragen kann. Im Anschluß daran distilliert Herr Kirchoff folgendes:

„Reider muß nun immer wieder beobachtet werden, daß diejenigen, die sich auf unerlaubte Weise in den Besitz von Spielmarken setzen, von einzelnen Volkstüchern dadurch noch begünstigt werden, daß ihnen die Spielmarken in beträchtlicher Menge zu jeder Tageszeit mit den verschiedenen Speisen befreit werden. . . Die Zustände, die den Abgang der Marken in einer ungarhanten Weise gesteigert haben, was wieder zu einer sehr ins Gewicht fallenden Belastung der Stadt führt, weil jede beliebige Spielmarke von der Stadt beschlachtet wird, sind unhaltbar und zwingen uns zu Abwehrmaßnahmen.“

In Stelle der jetzt im Verkehr befindlichen metallenen Spielmarken sollen Papierenmarken zur Ausgabe gelangen, die eine längere Gültigkeit haben. Die Marken kommen, wie schon jetzt, auf den Zeitraum einer Woche zur Ausgabe und werden auch wochenweise in der Farbe. In der ersten Woche werden rote, dann hellgrüne, gelbe, weiße usw. Ausweise in den Verkehr kommen.

Die Volkstucheneinhaber dürfen nur in der Zeit von 12 bis 12 Uhr ausgegeben werden. Vor und nach dieser Zeit darf eine Ausgabe von Eisen auf die Spielmarken nicht mehr stattfinden. Mit dem Hinweis auf diese Bestimmungen müssen alle Erläuterungen von Volkstucheneinhabern um Befreiung der Eisenmarken außerhalb der festgelegten Ausgabezeit hinweg abgelehnt werden.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir erneut dringend ermahnen, jede Abgabe anderer Speisen als der bestimmungsgemäßen Volkstucheneinheiten und von Genußmitteln (Bier, Rauchwaren usw.), nach Befinden auf mehrere Gutschein, abzugeben.“

Derselbe Herr Kirchoff aber, der mit dramatischen Mahnungen auf Kosten der Erwerbslosen für die Stadt Dresden zu sparen sucht, hat Geld genügend, wenn es sich darum handelt, seine Anweisungen in die Praxis umzusetzen.

**Kontrollreue hat Essen für Hungernde!**  
Damit nun auch wirklich die Anweisung in allen Einzelheiten durchgeführt wird, damit ja nicht etwa ein Erwerbsloser ein Stück Fleisch zwischen die Zähne bekommt, distilliert Herr Kirchoff nachstehend folgendes:

„Um auch den Volkstüchern die Durchführung dieser notwendigen Maßnahme zu erleichtern, wollen wir einige männliche Personen einstellen, die die Aufgabe haben, die einzelnen Volkstücher während der Essenausgabe zu beaufsichtigen und insbesondere darauf zu achten, daß die Befreiung der Spielmarken in der vorgeschriebenen Weise erfolgt. Es wird auch dann jedem Verlangen der Volkstucheneinhaber auf Befreiung mehrerer Marken für eine Person nachdrücklich entgegengetreten werden können. Viele Kontrollreue haben jeden Verstoß gegen die ordnungsgemäße Abwicklung der Essenausgabe dem Amt zu melden.“

Zum Schluß wird den Volkstucheneinhabern, die sich trotz alledem wegen, mit hungernden Erwerbslosen Mitleid zu haben, folgendes angedroht:

„Wiederholter Verstoß gegen die Neuregelung würde uns in die Zwangslage verlegen, die Berechtigung zur Befreiung der Spielmarken zu entziehen.“

In Verbindung mit dieser Anweisung hat Herr Kirchoff von sich aus die Herabsetzung des Preises für das Essen distilliert. Es werden jetzt anstatt 10 nur noch 9 Pfennige Zulage für die Portion Essen durch die Stadt Dresden gezahlt.

### Die Erwerbslosen nehmen Stellung gegen den Hungererlass des SPD-Stadtrats Kirchoff

Die Anweisung Kirchoffs hat unter den Erwerbslosen eine ungeheure Erregung ausgelöst. Am Sonnabend begab sich eine Delegation von circa 25 Mann sämtlicher Unterausgänge der Erwerbslosen zum Delegierten des Fürsorgeamtes, Stadtrat Kirchoff, um ihm die Forderung betreffs der neuen Maßnahmen in Punkt „Spielmarken“ vorzutragen.

Herr Kirchoff empfing von den empfindlichen Delegierten nur mit. Nach Beendigung des Zwanges ihrer Delegation erklärte Herr Kirchoff:

„Meine Herren, Sie können mit Eingebungen rechnen. Selbstredend wird an dieser Stelle nichts mehr.“

Begründend erklärte er, es seien im Haushalt für diesen Zweck von der Kreisbauernschaft 135 000 Mark vorgesehen. Diese Summe aber sei bereits überschritten bis auf 600 000 Mark. Er erklärte weiter:

„Die Not ist groß, ich erkenne sie an, ich bin jedoch Beamter und trage der vorgelegten Behörde gegenüber Verantwortung.“

Der gesteigerte Verbrauch von Spielmarken sei vor allem darauf zurückzuführen, daß „betrügerische Manipulationen“ mit denselben getrieben worden seien. Auf Vorkhaltungen eines Delegierten, darüber Gemeindevorstand zu geben, erklärte Kirchoff: „Sie müssen uns schon glauben!“ Die Delegierten machten Herrn Kirchoff darauf aufmerksam, daß dann auch nach den neuen Bestimmungen die angeblichen „betrügerischen Manipulationen“ nicht beseitigt werden können und die weitere Beanpruchung der vorgesehenen Summe überhöht werden dürfte, erklärte Herr Kirchoff:

„Ja, meine Herren, wenn das so weiter geht, werden wir überhaupt nichts mehr geben!“

Vorau ihm einstimmig geantwortet wurde, daß die Erwerbslosen diese Gefahr bereits heute schon voraussehen. Darauf antwortete Herr Kirchoff:

„Dem eventuell eintretenden und zu erwartenden Druck der Erwerbslosen sehe ich sorglos gegenüber.“

### Refloßer Abbau der Speisung angedroht!

Wie aus diesem Bericht der Delegation hervorgeht, hat Herr Kirchoff den völligen Abbau der Speisung angedroht. Er ist sich auch sofort über die Konsequenzen des völligen Abbaues klar, deshalb keine Anreuerung, daß er „furchtlos“ einem Druck gegen-

überstehe. Damit wird wiederum deutlich offenbart, welche Rolle Sozialdemokraten als kommunale Spitzen spielen. Wie der ehemalige SPD-Bürgermeister Kirchoff und der jetzige Nazi-Bürgermeister Köhler beteiligt sich auch Herr Kirchoff restlos als Hauskommissar. Das wird die SPD nicht hindern, auch in diesem Wahlkampf die Arbeiter erneut zu betrügen und vom Kampf gegen die Sozialreaktion zu schwingen.

Diese Bande hat den traurigen Mut, der Kommunistischen Partei ein Väterverbandsangebot für die Kommunalwahl zu machen. Das Beispiel zeigt jedem Arbeiter, daß mit dieser Gesellschaft jedes Zusammengehen abgelehnt werden muß. Jetzt muß auch der letzte Arbeitsschutz begriffen, weshalb die SPD auf die Fragen des Genossen Selmann nur mit einem wütenden Geschimpfe geantwortet hat. Auch der letzte SPD-Arbeiter muß jetzt sehen, weshalb die SPD-Führer diese konkreten Fragen in ihrer Presse unterschlagen. Unter Punkt 4 hatte die KPD gefragt:

„Kann die Sozialdemokratie die Verpflichtung übernehmen für alle sozialdemokratischen Fraktionen in den städtischen Gemeinden, insbesondere in denen mit sozialdemokratischer kommunalpolitischer Mehrheit, oder mit einer sozialdemokratisch geführten Verwaltung, daß keinerlei weitere Kürzungen der kommunalen Fürsorgeorgane vorgenommen werden, daß die seit der letzten Kommunalwahl vorgenommenen Kürzungen der kommunalen Fürsorgeorgane rückgängig gemacht werden und daß den in der Gemeinde wohnenden Erwerbslosen der Teil ihrer Unterstüchtung, der ihnen seit der letzten Kommunalwahl gekürzt worden ist, aus kommunalen Mitteln ersetzt wird?“

Sie schweigen und unterschlagen diese Fragen der KPD, weil sie, wie der Kämpfer Kirchoff bewies: „Ich bin ein Sozialdemokrat“. Ich nur ihrer vorgelegten Behörde — des heißt der herrschenden Klasse — verantwortlich fühlen, und nicht dem Proletariat gegenüber! Sie sind die Träger des Papen-Kurses in der Gemeinde! Sie führen den Hungerkurs der herrschenden Klasse am zuverlässigsten durch! Sie sind — das beweisen Sie jeden Tag aufs neue — die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie! Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß durch verlässliche Mittel dafür sorgen, daß auch der letzte Prolet diese Partei des Arbeiters verläßt! Reicht euch ein in die einzige Partei, die gegen Sozialreaktion und Faschismus kämpft, in die Kommunistische Partei! Zeigt eure Kampfbereitschaft durch die Wahl von Kommunisten!

## „Als Stadtrat bin ich Beamter . . .!“

„Als solcher habe ich amtliche Pflichten zu erfüllen, denn ich trage gegenüber der vorgelegten Behörde die Verantwortung. Erst wenn mir mein Dienst Zeit läßt, kann ich mich politisch betätigen.“

So Herr Kirchoff, der SPD-Wohlfahrtsdelegierter in Dresden. Wenn kann Herr Kirchoff sich wohl verantwortlich fühlen? Nun, dem Herrn Oberbürgermeister Köhler, dem ehemaligen Minister für Schuld und Schmutz, und den Regierungen in Staat und Reich. Die Durchführung der Papen-Kursverordnungen steht für ihn als erste Pflicht.

### Eine Verantwortung den Erwerbslosen gegenüber kennt Herr Kirchoff nicht!

Denn er ist ja erst nach Feierabend und Sonntags Politiker. Diese Gesellschaft mag vom „Kampf gegen die herrschende Klasse“ gegen die Sozialreaktion und Faschismus“ zu reden und behauptet, daß nur sie diesen Kampf führt. Sie mag es, der SPD ein Väterverbandsangebot zu machen. Was die konkreten Forderungen der KPD aber hat sie nur Geschimpfe übrig!

Arbeiter! Seht dieser Gesellschaft die Luftung! Reicht euch ein in die Antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Papendiktatur und ihre Stützen! Wählt Kommunisten!

## Erwerbslose rüsten zum Kampf!

### Zustände auf den Fürsorgeabteilungen unerträglich

Auf den Wohlfahrtsämtern nehmen die Zustände ein unerträgliches Maß an. Heute bekommen wir eine Meldung von der Johannisstraße 10. Ein Wohlfahrtsamtsleiter berichtet uns:

„Ich habe heute 1 1/2 Stunde auf meine Unterstüchtung warten müssen. Die Stimmung unter den zu hunderten wartenden Erwerbslosen ist verzweifelt. Eine Frau mit einem einjährigen Kind steht neben mir, sie hat ihren Kinderwagen auf dem Hof stehen. Das Kind schreit, denn es fängt an zu regnen. Die Mutter ist verzweifelt. . .“

„Ich habe keinen einzigen Pfennig mehr in der Tasche“, sagt sie, „und mein Kind nichts mehr zu essen.“

Ein alter Erwerbsloser sagt: „Wie soll es erst im Winter werden. — wir fallen um wie die Älteren. . .“

Alle halben Stunden wird ein Schuld Erwerbsloser hineingelassen. Der Regen regt ein — und keine Gelegenheit zum Unterstellen.

In ihrer Verzweiflung machen sich viele Erwerbslose ihrem eigenen Vult. Sie glauben, es wäre die Schuld der unteren Beamten. Diese Ansicht ist nicht richtig. Verantwortlich zu machen ist der sozialdemokratische Delegierter Kirchoff, dem sämtliche Fürsorgeämter unterstehen. Glauben diese Herrschaften, mit diesen Methoden die Erwerbslosen propädisieren zu können? Es erweist sich das Gegenteil; denn die Zustände herrschen auch in anderen Abteilungen der Fürsorgeämter. Die Meinung der Erwerbslosen geht einmütig dahin:

mit diesen Zuständen Schluß zu machen!

Es ist aber notwendig, daß sich die Erwerbslosen hinter ihre Erwerbslosenausschüsse stellen und geschlossen den Kampf aufnehmen gegen Unterstüchtungsraub und Rechlosmachung der Erwerbslosen! Schluß mit diesen Zuständen! Kämpft in der Antifaschistischen Aktion!

### Unhaltbare Zustände in der Fürsorge-Essenausgabe Laubegait

(Arbeiterkorrespondenz 888)

Seit dem 21. September existiert in Laubegait — Jugendheim — eine Essenausgabe. Das Essen wird in Wadweg gekocht und nach Laubegait gebracht. Ursprünglich gab es 300 Portionen, ab 11. Oktober wurden plötzlich nur 200 ausgegeben. Es fehlten nicht weniger als 100 Portionen! Hunderte von Erwerbslosen machten ununterbrochener Sache, nachdem sie hundentlang gewartet hatten, wieder ihrer Wege gehen. Ganz klar, daß es bei diesem Scherhaken zu erregten Diskussionen unter den Erwerbslosen kam. Erwerbslose von Laubegait, Tschelwig, Wenden, Neuhagen u. a. in diesen Verhältnissen sind sofort mit uns gemeint. Abklärung!

### „Die Polizei, die regiert den Verkehr . . .“

In dieser Woche findet eine „Verkehrserziehungswache“ statt. In großen Bussen taucht es von Kavalariatsleuten, Jägern und Soldaten für diese Zwecke geeigneten Wägen, an denen Plakate befestigt werden können. Die Straßenbahnfahrer sind besorgt und im-

innern sind mahnende Vorlesungen, in denen vor zu frühem Absteigen gewarnt wird: „Wißt du recht früh ins Grab, spring in voller Fahrt von der Straßenbahn ab!“ — so heißt man auf der einen Seite, während auf der anderen Seite von Kavalariatsleuten die Rede ist. Die Polizei benimmt sich direkt polizeimäßig. Sie verteilt an vielen Stellen hochst eigenhändig Flugblätter in den belebtesten Dresdner Straßen, auf denen gute Ratsschlüsse zu lesen waren. Selbst ein Kamel wird eingesperrt. Es trägt ein Plakat, auf dem zu lesen ist: „Jedes Kamel vertritt gegen die Verkehrsordnung“. Ob die letztere Klasse besonders geeignet erscheint, wird wohl zweifelhaft sein, um so mehr, als sie nicht gerade von gutem Geschmack zeigt. Dresden wird ja nicht nur von Dresdnern belebt. Zweifelloser sind auch Touristen und aber Touristen, die von auswärts kommen und durch diese Warnungen nicht berührt werden.

Völlige Ahnungslosigkeit spricht aber aus dem Mafak des Gesamtverbandes der städtischen Betriebe. Kavalariatsleute sind am Postplatz angebracht: Spielende Kinder laufen auf der Straße in ein Auto. Darunter steht: „Die Straße ist kein Spielplatz.“ Das schreiben dieselben Herren, die ganz genau wissen müßten, daß die Finanzbeamten, ganz gleich, ob SPD, Sozialdemokrat oder Nazi, in den Gemeinden alles unterbinden, was gefährlich werden könnte, um die Kinder von der Straße wegzubringen. Dresden verkauft heute sogar keine Kinderbrille mit Zustimmung der SPD!

Verkehrserziehungswache — soweit ganz gut! Das erste aber ist doch wohl, daß auch finanziell alles getan wird, um die nötigen Sicherungen zu treffen.

### Eine Leiche angeschwommen

In der Nähe der Hebigauer Fähre auf Krüftäcker Seite wurde am Montag früh eine männliche Leiche aus der Elbe gezogen. Der Tote, der etwa 40 Jahre alt sein kann, trug eine Uhr und eine Brille, in denen der Name „Gero“ eingraviert war. Die Leiche war vollständig verfaulend, so daß eine nähere Bestimmung zur Zeit noch unmöglich ist. Nach erfolgter polizeilicher Aufhebung wurde dieselbe dem Krematorium zugeführt.

### Falschmünzversteckung ausgehoben

In der Nacht zum 18. Oktober glückte es der Kriminalpolizei, in einer Pension in der Rüttschulstraße abermals eine Falschmünzversteckung auszuheben und zwei Räuber aus Maxdorf wegen Herstellung falscher Zweimarkstücke gefangen zu nehmen. Durch den überraschenden Zugriff konnte das gesamte Herstellungsmaterial und eine Anzahl Falschstücke beschlagnahmt werden. Die beiden Festgenommenen sind gefänglich in Dresden etwa 30 Falschstücke herauszugeben zu haben. Die Stücke sind verhältnismäßig gut nachgemacht und im Verkehr noch nicht angehalten worden.

### 500 Prozent neue Bürgersteuer!

Versteigerung am Mittwoch, dem 12. Oktober, 10 Uhr, im Rathshaus. Es werden folgende Sachen versteigert: 1. 1000 Stück neue Bürgersteuer.







# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Ein Schlichtervorschlag: Arbeiten ohne Bezahlung

Die Firma Knopfabrik C. D. Köhler, Berlin O. ThierstraÙe 22, beschäftigt ihre 40 Mann stark, zu zwei Dritteln aus Arbeiterinnen bestehende Belegschaft seit langer Zeit 33 Stunden wöchentlich. Wöhne von 14 Mark bis höchstens 30 Mark für männliche Arbeiter sind an der Tagesordnung.

Der Unternehmer, welcher sich bei der Auswertung seiner Arbeiter gern ein „soziales“ Mäntelchen umhängt, ist einer der ersten in der Knopfabrik, die Segnungen der Papenischen Arbeitsregelungen für sich voll auszunutzen. Er stellte 5 Prozent, also einen Mann neu ein und erklärte der Belegschaft, nun 10 Prozent Lohnabbau für die Zeit zwischen dem 31. und 40. Oktober vorzunehmen.

Die Kollegen hatten noch Illusionen und hofften auf den armen Schlichter. In einem Schreiben schilderten sie diesem ihre Notlage und drachten zum Ausdruck, daß sie diese neue Forderung des Arbeitgebers als unbillige Härte empfanden und keinen Widerstand erwarteten. Der Schlichter hatte auch ein „mitteilendes Wort“ — für den Unternehmer. Für die Arbeiter war aber kein Entscheld blutiger Höhe.

Wie stieren wörtlich aus dem Protokoll der Sitzung am 20. Oktober der Markt Brandenburg vom 14. 10. 1932:

„Auf Grund der Rücksicht beim hiesigen Schlichter machen wir folgenden Vorschlag:

Um die Auswirkungen der Notverordnung und Bürgerkammer zu mildern, schlagen wir vor alle fünf Wochen eine besondere Sonntagsarbeit in der Zeit von 7.30 Uhr bis 13.45 Uhr einzufügen.“

Das heißt, die ausgangenen Protesten sollen zur Profitsteigerung durch Arbeiten ohne Bezahlung beitragen.

Dieser Vorschlag muß dazu ausgeführt werden, überall dort, wo die Arbeiter genötigt sein könnten, sich von den Gewerkschaftsführern auf den Schlichter verlassen zu lassen, den Arbeitern die Augen zu öffnen und sie davon zu überzeugen, daß nur der Streik die Lohnabbau abwenden kann, wie das durch hundert Beispiele im letzten Wochen bewiesen ist.

## Bauarbeiter

Die Funktionäre der Industriegruppe Bau (IGB) erklären heute abend 19.30 Uhr im Büro der IGB, Koenigsstraße 76, bei Sitzung:

## Oppositionelle Gewerkschaftsfunktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte!

am 19.30 Uhr wichtige Kollektivsammlung im Brandenburger Hof, Berliner Straße.

## Oppositionelle Metallarbeiter!

Am Sonntag, dem 22. Oktober, 19.30 Uhr, in der „Bürgerlichen Kronen“, Neumarkt, wichtige Besprechung. Kein Kollege und keine Kollegin darf in dieser Versammlung fehlen. Bringt andere Kollegen noch mit Kommissar oppositioneller Gewerkschaftler Dresdens.

## Die Zorgauer Streiffront erdolcht

### SPD-Führer und Nazis organisieren gemeinsam den Streikbruch

Die systematische Streikbruchsaktion der sozialdemokratischen Führer des Fabrikarbeiterverbandes hat den „Erfolg“ gehabt, daß die freilebende Belegschaft der keramischen Firma Willersow u. Koch ihren Kampf abbrechen mußte. Nachdem noch am 18. und am Morgen des 14. Oktobers die Streikenden den Kampf gegen die Streikbruchsaktion der SPD-Führer fortgesetzt hatten, gelang es schließlich den SPD-Funktionären, immer mehr Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, worauf die Streikleitung den Kampf abbrechen mußte.

Gleichzeitig hatten auch die Naziführer immer mehr ihrer Anhänger zum Streikbruch verleitet.

Die niederträchtige Umwälzung dieses Kampfes ist die größte Schandtat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nach der Erdolchung des Hamburger Verstreifstreiks.

Von über 900 Streikenden waren lediglich 90 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes. Hinter dem Rücken der Streikenden schloß der Führer des Fabrikarbeiterverbandes, A. P. L., ein schändliches Abkommen und

schickte daraufhin Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes in den Betrieb,

um so die Streikfront zu erdolchen. Ja, er hielt diejenigen Arbeiter, die er zu dieser schändlichen Tat noch mißbrauchen konnte dazu an, Arbeitslose zum Streikbruch zu verleiten.

Auf Grund des Abkommens mit der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes hat die Firma nur 300 Mann wieder eingestellt. Die übrigen liegen auf dem Pfahle.

Die Firma hat von der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes die Vollmacht, nach Belieben zu mahnen.

Weitere Einstellungen sollen „nach Bedarf“ erfolgen. Von den 300 Mann, die in den Streik traten, waren 200 Neueinstellungen. Nur die die Firma die Einstellungsprämien beantragt hat. Von diesen Neueinstellungen bleiben infolge des Verrats der SPD-Führer die meisten auf dem Pfahle.

Die IGB hat in diesem Kampf alle Kräfte eingesetzt, um den Sieg der Belegschaft zu erreichen. Durch die niederträchtige Streikbruchsaktion der SPD-Führer wurde die Streikfront erdolcht.

Hunderte von treueigen betrieblichen Streikern in diesen Tagen sind Zeugen dafür, daß die Arbeiter dort liegen, wo sie den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern keinen guten Vertrauen mehr entgegenbringen,

wo sie alle Anklagen der SPD-Führer abwehren und sich fest um ihre selbstgewählte Kampfleitung setzen. Das ist die Lehre für alle Arbeiter Deutschlands.

Vor allem hat der Kampf gezeigt, daß es gilt überall die enge Verbindung zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern herzustellen und sie von dem verberlichen Einfluß der

SPD-Führerschaft zu lösen, die bei der Erdolchung des Hamburger Streikfront, in Zorgen, in zahllosen anderen Fällen klar den Beweis geliefert hat, daß sie die Selbstbestimmung des Unternehmers, die Politik der Papenregierung untersteht.

## Dresdner Bekleidungsarbeiter Lambibereit

(Arbeiterkorrespondenz)

Für die Bekleidungsarbeiter, Brauche Konzeption, soll ein Abbau des Tariflohnes von 5 bis 8 Prozent erfolgen. Eine Betriebsversammlung im „Schillerischen Bekleidungsamt“ der IGB in Dresden, Königsbrüder Straße, lehnte den geforderten Lohnabbau mit überwiegender Mehrheit bei höchster Beteiligung der Belegschaft ab, obwohl ein Antrag vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband anwesend war. Die Belegschaft hofft, daß die Kolleginnen und Kollegen im ganzen Reich ebenfalls zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau mobilisieren.

## Better des Lohnraubes

Brandenburger Arbeiter im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Bismarck Dresden.

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Montag, dem 10. Oktober, sollten in einer Brandenburger Versammlung die Herren- und Damen-Mahnebilder und -schneiderrinnen zu dem vom Unternehmerverband geforderten Lohnabbau

## Versärfert die Solidaritätsaktion für die Streikenden

Der Solidaritätsaufruf Helfen und Helfen wird bei als erste Rate den streikenden Textilarbeitern in Regensburg 12,50 Mark und folgende Lebensmittel übermitteln:

- 1 Zentner Kartoffeln, 27 Brot, 14 Pfund Mehl, 23 Pfund Margarine, 17 Pfund Reis, 13 1/2 Pfund Nudeln, 13 Pfund Fett, 10 1/2 Pfund Zucker, 3 Pfund Butter, 4 Pfund Sauer, 5 Pfund Bohnen, 3 Pfund Linsen, 30 Pfund Krumm, 3 Pakete Reis, 3 Pakete Grieß, 10 Eier, außerdem 3 Paar Socken, einen Ziegel und einen Topf.

In allen Orten muß diesem Beispiel nachgefolgt werden. Jede die proletarische Solidarität!

Scheidung nehmen. Der Bismarckler Schmidt forderte zu diesem Thema. Einleitend schloß er die geplanten Verschlechterungen des von den Unternehmern zum 31. Dezember 1932 geforderten Tariflohn. Schon auf Grund dessen hätte er erwarten können, daß Schmidt empfehlen würde, den angebotenen Lohn abzulehnen, der sogar noch weit unter dem Mindestlohn des Reiches liegt, obwohl dieser schon einen nahezu 15-prozentigen Lohnabbau vor sich hat. Zwar wogte er es nicht offen auszusprechen, daß er empfiehlt den angebotenen Lohn anzunehmen, doch in seiner demagogischen Erklärung lag ein anderes als die Empfehlung der Annahme. Ihm zur Seite stellte sich der Kollege G. L. als ein oppositioneller Kollege den Lohnabbau besonders gekennzeichnet hatte und den Appell an die Kameraden der Berliner Front richtete, sich aktiv gegen die Unternehmerrückstöße zu wenden. In diesem Sinne schloß sich ein anderer Kollege an, indem er die Selbstbestimmung der Arbeiter forderte.

Schmidt enthielt in seinem Schlußwort eine persönliche Hebe gegen die oppositionellen Kollegen. Er schloß sich sogar nicht mit dem Wunsch aus dem Verband zu ziehen. So steht also die Taktik der Gewerkschaftler aus. Wenn die Kollegenschaft dem Lohnangebot mit Mehrheit zustimmt, so ist doch andererseits nicht zu verstehen, daß

die Zahl der Kollegen, die sich gegen den Lohnabbau wenden, seit der letzten Abstimmung vermindert hat. Bekleidungsarbeiter! Mit dieser Abstimmung ist die Lohnbewegung nicht beendet. So gilt es, nicht in den einzelnen Betrieben den Abschluß zum organisieren und auch zum Kampf gegen die geplanten Verschlechterungen des Tariflohn, die am 1. Januar eintreten sollen, zu rufen.

## Der ADGB-Berrat an den Berliner Bekleidungsarbeiter

Beschlossen haben die Arbeiter des Berliner Bekleidungsamtes mehrere Tage lang gegen Verschlechterungen, die die Direktion durchsetzen wollte, gestreift. Die Arbeiter waren entschlossen, den Kampf bis zur Abwehr der Verschlechterungen fortzuführen. Demnach sollte der Berliner Schlichter Kerner einen unerschönten „Vermittlungsvorschlag“ machen. Danach sollten die Verschlechterungen nur in einigen unwesentlichen Punkten gemildert, dagegen die Verschlechterungen, wie die die Direktion forderte, in Bezug auf die Bezahlung der Bekleidungsarbeiter, sowie der Bestimmungen über Arbeitslohn, Schichtführung usw., durchgeführt werden.

Diesem schändlichen Vermittlungsvorschlag nahmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an. Daraufhin berieten sie mit allen Mitteln, durch Drohungen und Mißbrauch des Streiks zu dieser demütigenden Bedingungen, was ihnen auch gelang. Dabei war noch nicht einmal ein eigenständiges Schlichtergesetz gefällig, trotz der weitestgehenden Verbindlichkeiten.

Sollten die Berliner Bekleidungsarbeiter weitergekömpft, hätten sie die Verschlechterungen abwehren können. Trotzdem waren sie noch nicht so weit, daß sie sich eine oppositionelle Streikleitung gewährt hätten, was sich in entscheidender Situation zeigte.

Das ist eine neue Lehre für die Arbeiter in ganz Deutschland. Keinen Hundes Vertrauens zu den sozialdemokratischen und kapitalistischen Gewerkschaftsführern! Kampf unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen.

## Kontrollzettelbetrug und Geldstrafen

### Unhaltbare Zustände in der Dresdner Woll- und Wirtwarenfabrik, Kleinfstraße

(Arbeiterkorrespondenz)

Was sich in unserem Betrieb alles an überlicher Untertreibung, an fleischer Ausbeutung unter den ungläublichsten hygienischen Verhältnissen abspielt, das ist jeder Nachreifer. Einige tüchtige Mädchen mühen ihre paar Brocken unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen zu erhalten.

Die kleine Gruppe revolutionärer Arbeiterinnen werden von uns aus alle in die Bewegung gelegt, allen unteren ausgebildeten Kolleginnen zu sagen, daß sie mit uns, mit der SPD kämpfen und treuen Unternehmern gegenüber Widerstand leisten müssen. Seit eure Forderungen nach Lohnabbau, nach mehr, jetzt ein wenig weniger, laubeter Kontingent durch euch mit der Waffe des Streiks.

Der Betriebsleiter Baum hat sich durch die Neueinführung des neuen Lohnsystems, der blödsinnigen Forderung, auf das höchste unbillig gemacht. Die Forderungen für jeden Arbeitenden in der Fabrik, in der Wirtwarenfabrik, in der Handarbeit, in der Wirtwarenfabrik und für die entsprechende Arbeitszeit auszugeben und zahlen von den Arbeiterinnen selbst auf ihre Konten geleistet werden.

Das darf aber nicht während der Arbeitszeit geschehen.

In die Wirtwarenfabrik nicht einmal gemindert sind, müssen wir uns erst von eigenem Geld Kleiner kaufen und zu Hause stehen, bloß um dem Betrieb keine Lohnabhaltung zu vereinfachen. Durch die Richteramtstempel der Foms in den Taschen gehen sie bei vielen Kolleginnen verloren.

Die verlorenen Foms werden nicht ersetzt.

Ein letztes Geschäft für den Unternehmer. Eine andere, ähnliche Geldstrafe wird bei uns ist

das Strafbüro Strafen-Geldern. Kommt eine Arbeiterin eine Minute zu spät, 20 Pfennig Strafe. Bei den blödsinnigen Versäufte eingerichteten Stempelkarten beim Eingang zum Betrieb verliert sie sich die Kolleginnen bei diesem, selbst wieder 20 Pfennig Strafe. Jeden Tag kommt das vor, daß eine Kollegin auf ihrem Lohnzettel mal ihren Namen nicht vermerkt, sofort wieder 10 Pfennig Strafe. Waschen wir einmal wegen der ständigen, häufigen Zeit ein 20 Pfennig auf, selbst gleich 30 Pfennig Strafe.

So konnte es passieren, daß allein, um nur ein Beispiel herauszugreifen, einer Kollegin in der Handarbeit

in einer Woche gleich 3 Mark abgezogen wurden

von dem an und für sich lächerlichen Lohn von 18 Mark (!!) für fast 16- und 17stündige tägliche Arbeitszeit.

Über was kommen diese Strafgebühren?

Ungebillig sollen sie den Kolleginnen als Aufschub gegeben werden, wenn sie einmal länger krank sind — das kommt aber nie vor, denn

kranke Arbeiterinnen werden sofort entlassen!

Wir verlangen sofortige Abrechnung der Strafgebühren und deren Vermeidung in der Zukunft nicht durch das Abschließen, sondern durch die Arbeiterschaft selbst!

Wir fordern weiter: Abschaffung des gesamten Gehaltensystems

und eine anständige und menschliche Behandlung der Arbeiterinnen, die höher nur Arbeitstiere in schmerzlicher Unterwerfung waren!

Fabriken und Arbeitsstätten wie die unsere sind in der Sowjetunion nicht möglich. Sorgen wir Arbeiterinnen dafür, auch bald in Deutschland Arbeit- und Lebensbedingungen zu erzwingen, wie sie die russischen Arbeiterinnen schon erreicht haben. In diesem Kampf unterstützt uns die SPD, führt uns die IGB, darum, Kolleginnen, legt die Arbeitstiere, werdet Mitglieder der IGB. Geht am 6. November zur Wahl der IGB eure Stimme, der SPD!

## Bauarbeiterkreis in Chemnitz

Die Arbeiter des Bauwerks Gieseler, Chemnitz, Gieselerstraße, beschlossen am Sonntag in den Streik zu treten. Der Unternehmers hatte am 18. Oktober einen Lohnabbau von 10 Prozent für die 21- bis 40-Jährigen angekündigt. Die Bauarbeiter nahmen daraufhin am Sonntag zu diesem Lohnabbau Stellung und sprachen sich einmütig gegen diese neue Kürzung ihrer ohnehin schon mehrmals reduzierten Löhne aus. Die Abstimmung über den Streik brachte 121 Mitglieder zustande, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Auf der Bauwerks Gieseler sind jetzt 30 Arbeiter beschäftigt.

**ODOL-ZAHNPASTA**  
mit Lingner-Memorialmünzen... sie haben Laufkraft.



# RUND UM DEN ERDBALL

## Furchtbare Grubenkatastrophe

### Ein Toter, vier Arbeiter in Lebensgefahr und mehrere Bergkittete

Stabach, 18. Oktober. Gegen 1.30 Uhr nachts ereignete sich auf der Zeche „Gott-Jacoba“ eine schwere Explosion schlagender Wetter. Das gesamte 19. Niveau wurde davon betroffen. Ein Arbeiter wurde getötet und vier weitere so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Fünf andere Bergarbeiter trugen schwere Wundergiftungen davon. Die Rettungsarbeiten sind im Gange und die Gründe für die Explosion noch unbekannt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

Was diese Untersuchung ergeben wird, kann man von ungefähr schon jetzt wissen. Sie wird das ergeben, was alle bisherigen Untersuchungen in solchen Fällen. Man wird entweder feststellen, daß ein Arbeiter unvorsichtig mit einem Streichholz hantierte oder daß die Ursache sich nicht feststellen läßt. Ist es ein Zufall, daß sich in letzter Zeit die Katastrophen in den Bergwerken so häufig und unzählige Opfer erfordern? Keineswegs.

Man hat eine rücksichtslose Nationalisierung durchgeführt; eine Nationalisierung auf Kosten nicht nur der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch des Lebens. Arbeitsscheuen sind billig, wenn nur der Profit gesichert ist. Die rücksichtslose Nationalisierung ist es, die zu all diesen Katastrophen führt.

### — zwei in Saarbrücken

Saarbrücken, 18. Oktober. In der Pumpkammer der Grube Freimengen an der lothringisch-saarländischen Grenze waren Bergarbeiter mit dem Aushebern einer Betonbohle beschäftigt. Die Bohle brach plötzlich zusammen und begrub die zwei Bergleute unter sich. Einer von ihnen konnte mit schweren inneren Verletzungen lebend geborgen werden, während der andere bereits tot war.

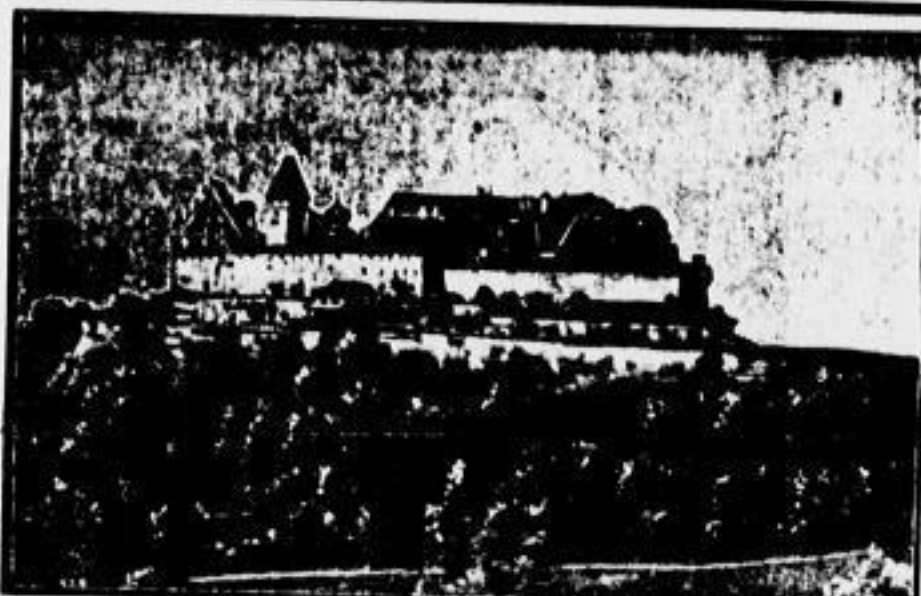
### Sieg im Hieschkampf

Göring ist ein tapferer Mann, dies hat sein Eintagsflügelium im Reichstag bewiesen. Mit Heldenmut führte er dort den Kampf. Nun, für die Weimarer Verfassung. Aber im Kampf kommt man kaum zur Ruhe. Kaum war mit dem bekannten Erfolg der Kampf im Reichstag ausgefochten, als Göring schon die Rufen eines neuen Kampfes nicht scheute. Diesmal war es ein Kampf um einen Stuhl.

Göring hat in Erfahrung gebracht, daß der frühere Ministerpräsident Otto Braun seine freie Zeit mit dem Erlegen von Hirschen zu verbringen pflegte. Nun wollte auch er einen Stuhl haben, aber natürlich einen ihm ebenbürtigen, einen recht seltenen Hirsch. Wertwürdigerweise erhielt er aber von der preussischen Domänenverwaltung nur ein sehr mageres Hirschlein zugewiesen.

Der Kampf lehnte mit aller Kraft ein. Der Nazi-Landtagspräsident Kretz erkannte seine Pflicht und erfüllte sie auch, indem er sich bei der Domänenverwaltung über die Magerkeit des an Göring überwiesenen Hirschchens beschwerte und anfrichtig, daß, wenn dereinst der Tag des Dritten Reiches herandröhre, er und Göring und natürlich auch die anderen Nazis die Hirsche für sich in Anspruch nehmen werden, die ihnen am meisten zulagen.

Nun hat der Kampf um den Stuhl mit einem vollen Sieg Görings geendet. Weidenburg befindet sich bekanntlich bereits in der glücklichen Wera des Dritten Reiches. Und da kann Göring uneingeschränkt über die Hirsche verfügen. Heute kommt nun die freudige Nachricht — und sie wird sicher nicht verfehlen, bei der gesamten Nazi-Mitgliedschaft den größten Jubel auszulösen — daß Göring von der medienburgischen Regierung einen sehr seltenen Stuhl zugewiesen bekommen hat.



### Ein Blick auf Nazi-Koburg

den Schauplatz des internationalen Monarchistenrummels, der mit einem Aufmarsch der SA. anlässlich einer Prinzenhochzeitsfeier eingesetzt hat. Unter den Gratulanten hat sich Hitler als erster eingefunden.

Hitters Gönner auf dem Wege nach Koburg



Zur bevorstehenden Hochzeit in Koburg zwischen der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg-Gotha und dem schwedischen Prinzen Gustav Adolf hat der König von England als seinen Vertreter Lord Athlone (links) ernannt, der hier gerade von London abfährt.

### 25 Arbeiter getötet

Bei einem Zugzusammenstoß in Rumänien. Bei Temesvar in Rumänien hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 25 Tote und viele Verwundete forderte. Der Zug hatte um 17.40 Uhr Temesvar verlassen. Er war in der Hauptstraße mit Arbeitern besetzt, die sich auf dem Heimwege von ihren Arbeitsstätten befanden. Etwa 1,5 Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen plötzlich die beiden letzten Wagen des Zuges beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und stürzten um. Die beiden Wagen, ein Personenwagen und der Postwagen, wurden noch etwa 30 Meter weit mitgeschleift. Von den 35 Insassen wurden 24 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Die Leichen von drei Männern und vier Frauen sind so zugedrückt, daß ihre Erkennung bisher nicht möglich war. Von 18 Schwerverletzten sind bereits auf dem Transport zum Krankenhaus. Man befürchtet, daß weitere zehn Verletzte nicht mit dem Leben davonkommen werden.

### Grauenhafter Selbstmord

Selsenkirchen, 18. Oktober. In der Medienborfer Straße schickte sich Sonntag vormittag eine Frau in ihrem Zimmer ein, verbarrikadierte den Zugang und überzog sich mit Benzin, das sie darauf anzündete. Die Nachbarn alarmierten die Polizei, die die Tür aufbrach. Mitten in der Stube lag die völlig verkohlte Leiche der Selbstmörderin.

### Eine 18jährige tot aufgefunden

Nordhausen, 18. Oktober. Am Sonntagabend wurde, wie erl. leicht bekannt wird, auf der Straße Berlin-Kassel zwischen den Stationen Heeringen und Humühle die Leiche eines etwa achtzehnjährigen Mädchens aufgefunden. Die Personalien sind noch nicht bekannt. Das Mädchen, das allem Anschein nach aus Berlin stammt und sich auf der Fahrt nach Wartburg befand, ist, wie es scheint, einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Die Staatsanwaltschaft Nordhausen ist zur Zeit mit der Klärung des Falles beschäftigt.

### Fromme Kindererzieher

#### Kinderschänder und Betrüger

Wuppertal, 18. Oktober. Die rechtskatholische Straßammer beim Landgericht Wuppertal verurteilte den etwa 38 Jahre alten Lehrer Paul K. aus Neulgen, der dort an einer katholischen Schule unterrichtete, wegen Sittlichkeitsverbrechen an ihm unterrichteten Kindern in drei Fällen zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren. In der Verhandlung hieß man überraschenderweise, daß der Lehrer bereits 1925 wegen Unzucht, Schlägung und Betruges dreimal zu Gefängnisstrafen verurteilt worden war und diese Strafen auch abgeleitet hat. Trotzdem gelang es ihm, wieder eine Stellung als Erzieher zu bekommen, in der er sich dann ungläubliche Verfehlungen an Schülerinnen zuschulden kommen ließ.

### Judenpogrome in rumänischen Städten

Kubarek, 18. Oktober. Nach einer Meldung der „Donaupost“ aus Bukarest, fanden am Sonntag in Jassy und Kobaia jüdenfeindliche Ausschreitungen statt, die von Cuzisten hervorgerufen worden waren. An beiden Stellen wurden eine Reihe jüdischer Geschäftshäuser zerstört. Die Polizei konnte der Ausschreitungen nicht Herr werden, nachdem sie weitere Verstärkungen erhalten hatte. Cuzisten, das sind rumänische Nazis.

### SOS-Rufe eines Flugzeuges

London, 18. Oktober. An der Küste von Süd-Denont wurden in der Nacht zum Sonntag SOS-Rufe und Notensignale eines in Not befindlichen Flugzeuges festgestellt. Obwohl sofort eine größere Anzahl von Schiffen zur Rettung auslief, wurde von dem verunglückten Flugzeug keine Spur festgestellt. Bisher konnte auch nicht festgestellt werden, woher das Flugzeug gekommen war.

### Güterzug mit Munitionsladung in die Luft geflogen

Rio de Janeiro, 18. Oktober. Bei Entre Rios im Staate Rio de Janeiro ist ein Güterzug, der große Munitionsladungen mit sich führte, in die Luft geflogen. Sechs Personen wurden getötet und 12 verletzt.

### 14 Jahre Zuchthaus für einen Raubüberfall

Geselsberg, 18. Oktober. Der Raubüberfall am 4. Mai auf eine Kontantin fand seine Sühne vor der Hagener Straßammer. Die Angeklagte hatte 430 Mark entwendet, war mit der Straß-

bahn bis zum Hundelken geflohen, wo sie ausstieg. Dort wurde sie von dem Arbeiter Sauerwald aus Gelsenkirchen mit vorgehaltenem Revolver ertappt. S. sicherte auf dem von seinem Bruder gesteuerten Motorrad und schob während der Flucht noch auf die Verfolger. Durch Zufall konnten die Täter ermittelt werden. Ein Bekannter des S. trat diesen kurz vor der Tat und konnte daher die Personalien namhaft machen. Die Kontantin erkannte mit Bestimmtheit den Straßhändler wieder. Da beide Brüder erheblich vorbestraft sind, erhielten sie je sieben Jahre Zuchthaus.

## Die automatische Untergrundbahn

### Eine neue Erfindung wird zur Anwendung bei der Moskauer Untergrundbahn vorgeschlagen

Kürzlich brachte eine Gruppe ausländischer Ingenieure durch ihren Mitarbeiter Dr. Rudolf Kager im Dyzynski-Klub, in Moskau, einem Kreis von Interessenten ihren Vorschlag zu Gehör:

Es handelt sich um eine hochgradige Vervollkommnung der automatischen Zugförderung von elektrischen Schnellbahnen. Die Vorteile dieses Systems springen selbst dem Laien sofort ins Auge. In erster Linie wird eine fast hundertprozentige Unabhängigkeit des Zugbetriebes von der Bedienung durch Menschenhand geboten, wodurch das Gefahrenmoment für Unglücksfälle auf ein Minimum herabgedrückt wird. Ferner ergibt sich eine bedeutende Stromersparnis, weil der Energieverlust, den alle bisherigen Systeme beim Bremsen aufweisen haben, in gänzlich fehlt. Aber auch an und für sich stellt sich die Anlage — in der Herstellung — viel billiger; das zeigte anschaulich die Gegenüberstellung zweier Zeichnungen im Verlauf des von Lichtbildern begleiteten Vortrags: einmal die äußerst komplizierte Apparatur, mit der ein Schnellbahn-Triebwagen alten Systems ausgestattet ist, und dann die einfache, durchsichtige Anlage im Wagen der neuen Konstruktion.

Außer dieser Erhöhung der Betriebssicherheit, Gefahrlösigkeit, Verbilligung und glatterer Entwicklung des Verkehrs spielt für uns natürlich die Tatsache eine große Rolle, daß die Bedienung der Anlagen fast ohne jeden Aufwand ausgeführt werden kann — für uns, die wir vorläufig noch im Kampfe gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitkräften stehen.

Die große Reizheit besteht darin, daß die Züge bei der Einfahrt in Stationen, sowie bei geschlossenen Signalen auf der Strecke

selbsttätig anhalten. Selbstverständlich befindet sich im Zug ein Beamter, der ihn bei ungewöhnlichen Ereignissen zum Stehen bringt, wie dies ja auch jeder Reisende mittels der Notbremse tun kann. — Ferner fahren auch die Züge automatisch an, es genügt ein einziger Hebeldruck des Stationsbeamten dazu. Beschleunigung und Geschwindigkeitsregelung besorgt der Zug allein. Dieses automatische Anfahren gab es bisher auch schon, nur war die Apparatur im Zug angebracht, während sie sich jetzt auf der Strecke befindet. Ebenso erfolgt die automatische Bremsung von der Strecke aus durch stationäre Einrichtungen. Die Verringerung der Fahrgeschwindigkeit auf abschüssigen Strecken oder in scharfen Kurven erfolgt durch automatische Einklappung mehr oder minder großer Widerstände. Bei dem ganzen System ist es gleichgültig, ob elektrisch-pneumatische oder kombinierte elektrische und pneumatische Bremsen angewandt werden.

Aus dem Wirrwarr von Nachahrbahnen fiel dem talentvollsten Zuhörer auf, daß die Hauptapparatur in Gleichrichtern besteht, und zwar hat jede Station für jede Fahrtrichtung einen Gleichrichter — nicht mehr als die elektrifizierte Berliner Stadtbahn hat. Hierbei ist noch hervorzuheben, daß im Falle des Versagens eines Gleichrichters seine Arbeit automatisch der benachbarte übernimmt.

Kurzum: eine Vervollkommnung und äußerst geschickte Kombination bestehender erprobter Einrichtungen, die kein Experiment ist und doch etwas ganz Neues bringt.

Beauftragter: Hans Wendt, Berlin